



**Bericht zum Arbeitspaket 1.1**

**Medieninhaltsanalyse**

**1991-1993 / 2015-2016**

Werner, Andreas; Frommer, Jana-Andrea;  
Yeter, Bahar



Der Bericht entstand im Rahmen des Forschungsprojekts „SiKoMi: Sicherheitskooperation und Migration“, gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Förderprogramm „Forschung für die zivile Sicherheit“, Themenfeld „Zivile Sicherheit – Fragen der Migration“.

Münster, Juli 2019

## Inhaltsverzeichnis:

<b>1 Einleitung</b> .....	<b>3</b>
1.1 Methodik und Untersuchungszeiträume .....	3
1.2 Qualitative Inhaltsanalyse .....	5
1.3 Vergleichende Methode .....	6
<b>2 Medieninhaltsanalyse 1991-1993</b> .....	<b>7</b>
2.1 Generelle Situation Anfang der 1990er Jahre .....	7
2.2 Zusammenfassung .....	8
2.3 Zwischenfazit .....	12
<b>3 Medieninhaltsanalyse 2015/2016</b> .....	<b>13</b>
3.1 Generelle Situation 2015/2016 – Einführung .....	13
3.2 Trier .....	15
3.3 Osnabrück .....	18
3.3.1 Bramsche-Hesepe .....	19
3.3.2 Landkreis Osnabrück .....	19
3.4 Berlin .....	21
3.4.1 Berlin Lichtenberg .....	21
3.4.2 Berlin Moabit .....	22
3.4.3 Land Berlin .....	24
3.5 Überregional .....	24
<b>4 Zusammenfassender Vergleich</b> .....	<b>26</b>
4.1 Vergleich von Kategorien .....	26
4.2 Vergleich von Organisationsbeziehungen .....	28
4.3 Analyse von potentiellen Kooperationstypen .....	30
<b>5 Fazit</b> .....	<b>32</b>
<b>6 Literatur/Quellenangaben</b> .....	<b>35</b>

## Abbildungsverzeichnis:

Abbildung 1 Entwicklung der Anzahl der Asylbewerber in Deutschland 1990 - 2017 .....	4
Abbildung 3 Land Rheinland-Pfalz .....	15
Abbildung 4 Bramsche im Landkreis Osnabrück .....	18
Abbildung 5 Land Berlin .....	21
Abbildung 6 Kooperationstypen, Auswahl .....	30

## 1 Einleitung

Die großen Flüchtlingsbewegungen in den Jahren 2015 und 2016 erregten sowohl in den deutschen Medien als auch in der Bevölkerung große Aufmerksamkeit. Die unmittelbare Versorgung einer derart hohen Anzahl von Menschen stellte für die daran beteiligten Akteure eine große Herausforderung dar. Jedoch war dies keine vollkommen neue Situation. Bereits Anfang der 1990er Jahre ergab sich in Deutschland eine vermeintlich ähnliche Situation. In beiden Zeiträumen waren Kommunen, Hilfsorganisationen, private Sicherheitsdienste und Polizeiorganisationen in besonderem Maße gefordert, die Lage rund um Erstaufnahmeeinrichtungen zu bewältigen. So mussten die involvierten Organisationen spontan und ohne entsprechende Vorbereitung enorme an sie gestellte Anforderungen meistern. In beiden Fällen kam es dabei zu positiven wie negativen Erfahrungen und Geschehnissen.

Unter Betrachtung dieser Umstände liegt die Frage nahe, welche Ähnlichkeiten und Unterschiede die beiden Zeiträume in Bezug auf die Zusammenarbeit der involvierten Akteure aufweisen. Was hätten die Organisationen aus den Geschehnissen der 1990er Jahre für 2015/2016 lernen können und welche Erfahrungen waren dennoch spezifisch für den jeweiligen Zeitraum? Ziel ist es, auf Grundlage der Beantwortung dieser Fragen, sowohl mögliche Good-Practice Beispiele als auch mögliche Problemlagen zu identifizieren. Aus diesen Befunden werden dann mögliche erste Erfolgsfaktoren erarbeitet, die dazu dienen, sich auf die weiteren Arbeiten im Forschungsprojekt SiKoMi vorzubereiten. Hierfür wird in Bezug auf die 1990er Jahre und den Zeitraum 2015/2016 jeweils eine Medieninhaltsanalyse vorgenommen. In den beiden Medieninhaltsanalysen werden die Darstellungen der Geschehnisse in Bezug auf das Forschungsthema dokumentiert und ausgewertet. Zusätzlich fließen in beiden Fällen die hierfür recherchierte Fachliteratur und Berichte von Onlinemedien in die Analyse mit ein. Im Folgenden wird zunächst ein Blick auf die Methodik geworfen, bevor beide Analysen nacheinander dargestellt werden. Abschließend wird eine Gesamtanalyse der beiden Zeiträume vorgenommen und daraus ein Vorschlag für mögliche Erfolgsfaktoren abgeleitet.

### 1.1 Methodik und Untersuchungszeiträume

Methodisch erfolgt diese Gesamtanalyse in zwei Schritten: Zunächst wird eine qualitative Inhaltsanalyse mehrerer regionaler und überregionaler Tageszeitungen vorgenommen, die um Informationen aus Fachartikeln und Onlinemedienberichten ergänzt wird. Anschließend wird diese Inhaltsanalyse einer Gegenüberstellung mithilfe der vergleichenden Methode unterzogen.

Als Untersuchungszeiträume werden die jeweiligen Hochphasen der Flüchtlingsbewegungen Anfang der 1990er Jahre und Mitte der 2010er Jahre gewählt, da während dieser Zeiten die größten Herausforderungen in Bezug auf die Registrierung und Unterbringung einer hohen Anzahl asylsuchender Personen bestanden. Daher werden für die Analysen die beiden Zeiträume 01.01.1991 bis 31.12.1993 sowie 01.01.2015 bis 01.05.2016 gewählt. Das Jahr 1992 stellte mit mehr als 430.000 Asylsuchenden den Höhepunkt der Flüchtlingsbewegungen in den 1990er Jahren dar, nachdem im Vorjahr 1991 bereits mehr als 250.000 Menschen in Deutschland Asyl beantragt hatten (zum Vergleich 1990: 193.000). Im Folgejahr betrug die Zahl noch mehr als 320.000 Asylsuchende, während sie 1994 (127.000) wieder etwa auf das Niveau von 1989 (121.000) absank.<sup>1</sup> Ab 2015 stieg die Zahl der

---

<sup>1</sup> Vgl. BAMF 2017: S.3

Asylanträge sprunghaft auf etwa 470.000 an und erreichte 2016 mit mehr als 740.000 Anträgen ihren Höhepunkt. Mit der Schließung der sogenannten „Balkanroute“ im April 2016 sank die Anzahl dramatisch ab, sodass 2017 noch etwa 222.000 Asylanträge gestellt wurden.<sup>2</sup>

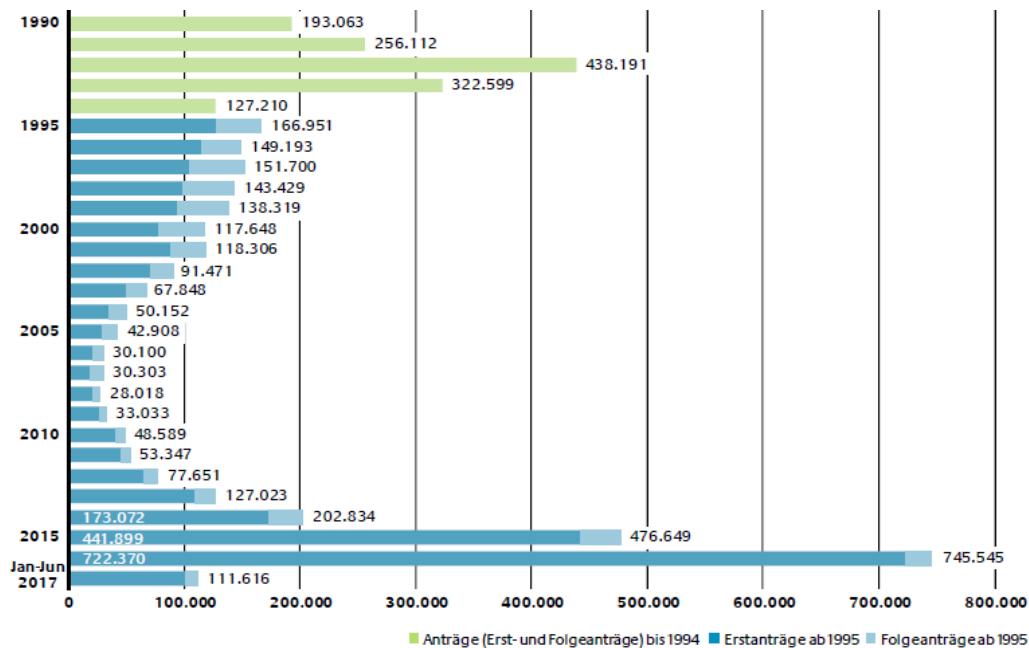


Abbildung 1 Entwicklung der Anzahl der Asylbewerber in Deutschland 1990 - 2017<sup>3</sup>

Die Auswahl der untersuchten lokalen Tageszeitungen richtet sich nach den gewählten Untersuchungsstandorten im Projekt. Der *Trierische Volksfreund* ist die abonnenstärkste lokale Tageszeitung im Stadtgebiet Trier mit zahlreichen Regionalausgaben. Die *Neue Osnabrücker Zeitung* ist die einzige lokale Tageszeitung in Osnabrück und dem angrenzenden Emsland. Die *Berliner Zeitung* (Berlin Moabit/Berlin Lichtenberg) ist die abonnenstärkste Lokalzeitung Berlins, die *B.Z. Berliner Tageszeitung* (Berlin Moabit/Berlin Lichtenberg) ist die auflagenstärkste Lokalzeitung Berlins. Als überregionale Zeitungen wurden die *Süddeutsche Zeitung*, auflagenstärkste der sogenannten Qualitätszeitungen (ca. 345.000 im 4. Quartal 2018), sowie die *BILD-Zeitung*, auflagenstärkste Boulevardzeitung Deutschlands (ca. 1,5 Millionen im 4. Quartal 2018), gewählt.<sup>4</sup>

<sup>2</sup> Vgl. BAMF 2018: S. 3

<sup>3</sup> BAMF 2017: S.3

<sup>4</sup> Vgl. IVW 2019

## 1.2 Qualitative Inhaltsanalyse

Für die Auswertung der gesammelten Daten wird die inhaltlich-strukturierende Inhaltsanalyse nach Udo Kuckartz verwendet.

Mit Hilfe der inhaltlich-strukturierenden Inhaltsanalyse werden induktiv aus dem empirischen Material Kategorien gebildet. Auf diese Art und Weise können die Daten systematisch strukturiert und für eine weitergehende Analyse vorbereitet werden. Kuckartz empfiehlt dazu ein siebenstufiges Vorgehen:<sup>5</sup>

- (1) Initiierende Textarbeit;
- (2) Entwickeln von Hauptkategorien;
- (3) Codieren des gesamten bisher vorhandenen Materials mit den Hauptkategorien;
- (4) Zusammenstellen aller mit der gleichen Hauptkategorie codierten Textstellen;
- (5) Induktives Bestimmen von Subkategorien am Material;
- (6) Codieren des kompletten Materials mit dem ausdifferenzierten Kategoriensystem;
- (7) Kategorienbasierte Auswertung und Ergebnisdarstellung.

In Schritt (1) wurde zunächst für beide Untersuchungszeiträume eine Recherche von Fachliteratur vorgenommen, um eine Wissensgrundlage für die weiteren Schritte zu erhalten. Dies gelang allerdings nur im Allgemeinen und leider nicht spezifisch für die Forschungsfrage. So ist zwar eine Vielzahl theoretischer Literatur zu interorganisationaler Zusammenarbeit verfügbar, aber kaum Material zu den Flüchtlingssituationen der 1990er Jahre sowie 2015/16. Zusätzlich wurde eine Internetrecherche durchgeführt, zum Beispiel, um Daten des BAMF zu den Flüchtlingszahlen zu erhalten und inhaltliche Zusammenhänge durch Onlinepublikationen wie die der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) abzubilden. Auf dieser Grundlage wurde induktiv eine Liste mit etwa 50 Suchbegriffen erstellt und das Pressearchiv der Online-Datenbank *Genios* systematisch abgefragt. Dazu wurden verschiedene Kombinationen aus den Suchbegriffen verwendet, um möglichst viele relevante Treffer zu erzielen. Da für den ursprünglich geplanten Untersuchungszeitraum 1992 bis 1993 nur sehr wenige Zeitungsquellen verfügbar waren, und keine in den Untersuchungsstandorten, wurden alle verfügbaren Quellen des Archivs herangezogen und der Zeitraum auf den 01.01.1991 ausgedehnt.

Aus diesen ersten Ergebnissen wurden zunächst noch keine Hauptkategorien (2) gebildet, da es wie dargestellt nur sehr wenig Vorwissen in Bezug auf das Thema gab. Es wurde daher Schritt (5) vorgezogen, um über die induktive Generierung von Subkategorien schließlich zusammenfassende Hauptkategorien in Schritt (2) bilden zu können. Anschließend wurde mit den Schritten (3) und (4) fortgefahren und danach Schritt (5) nochmals durchgeführt, um die Subkategorien zu überprüfen und mit den Hauptkategorien zu verbinden. Schließlich wurde das gesamte Material in Schritt (6) codiert und anschließend in Schritt (7) ausgewertet.

---

<sup>5</sup> Vgl. Kuckartz 2014: S. 78

## 1.3 Vergleichende Methode

Nach dem Abschluss der qualitativen Inhaltsanalyse werden die vier Untersuchungsstandorte Berlin Moabit, Berlin Lichtenberg, Bramsche-Hespe und Trier hinsichtlich der Gemeinsamkeiten und Unterschiede verglichen. Damit sollen potentielle Zusammenhänge sichtbar gemacht werden, die eine Thesenentwicklung im Hinblick auf die Fragestellung der beiden Analysen ermöglichen. Hierzu wird die sogenannte Vergleichende Methode herangezogen. Im Gegensatz zum alltäglichen, umgangssprachlichen Vergleich folgt diese Methode einem regelgeleiteten und systematischen Vorgehen.

Nohlen<sup>6</sup> (2010) beschreibt vier wesentliche Elemente eines systematischen Vergleichs: (1) die *Objekte* des Vergleichs, also die Frage: Was soll genau verglichen werden? In den beiden vorliegenden Untersuchungen sind das unter anderem die Themen in den ausgewählten Tageszeitungen und Fachartikeln bezüglich der Untersuchungsfelder interorganisationale Zusammenarbeit, Wissensmanagement der Polizei, Sicherheitsdienste sowie Kommunen und Hilfsorganisationen, die mithilfe der qualitativen Inhaltsanalyse kategorisiert und systematisiert werden. Darüber hinaus ist (2) der *Kontext* des Vergleichs ein weiteres wichtiges Element. Ein Kontext kann homogen oder heterogen sein. Bei einem homogenen Kontext liegt im Vergleich ein „most-similar-system-design“ vor, d.h. zwei ähnliche Objekte werden miteinander verglichen. Hier wird vor allem (aber nicht nur) nach Unterschieden gesucht. Wird von einem heterogenen Kontext ausgegangen, wird ein „most-different-system-design“ verwendet. Es werden also unterschiedliche Objekte miteinander verglichen. Hier wird vor allem (aber nicht nur) nach Gemeinsamkeiten gesucht. Bei der vorliegenden Untersuchung handelt es sich um ein „most-similar-system-design“, da sowohl die Thematiken ähnlich sind, als auch die Akteure und die Orte der Untersuchung (Großstädte mit Erstaufnahmeeinrichtungen in Deutschland). (3) Zusätzlich stellt ein diachroner Vergleich zwei verschiedene *Zeitphasen* gegenüber, während ein synchroner Vergleich sich auf dieselbe Zeitphase bezieht. In vorliegendem Fall werden anhand eines diachronen Vergleichs die Zeitphasen 1991-1993 und 2015/2016 gegenübergestellt. (4) Ebenfalls eine wesentliche Rolle spielt die *Ebene* des Vergleichs: lokal, national oder international. Im Falle dieser Untersuchungen handelt es sich um einen nationalen Vergleich verschiedener Städte/Orte.

Zusammenfassend handelt es sich bei zugrundeliegender Analyse also um einen nationalen diachronen Vergleich von systematisch kategorisierten Themen der medialen Berichterstattung im Rahmen von interorganisationaler Zusammenarbeit in einem „most-similar-system-design“.

---

<sup>6</sup> Vgl. Nohlen 2010: S. 1154-1158

## 2 Medieninhaltsanalyse 1991-1993

### 2.1 Generelle Situation Anfang der 1990er Jahre

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts stieg in Deutschland ab Ende der 1980er Jahre sowohl die Zahl der Asylsuchenden als auch die der Zugewanderten insgesamt stark an. Im Jahr 1988 stieg die Zahl der Asylgesuche erstmals seit 1980 über 100.000 und erreichte 1992 die Höchstzahl von 438.191.<sup>7</sup> Während im Jahr 1986 noch bis zu 75% der Asylsuchenden aus nichteuropäischen Entwicklungsländern kamen, stammten bereits 1993 etwa 72% aus dem europäischen Ausland, vor allem aus Ost- und Südosteuropa. Neben Flüchtlingen aus den ehemaligen Ostblockstaaten reisten vor allem Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien nach Deutschland. Zusätzlich zu den Asylsuchenden stieg die Zahl der Ausgesiedelten aus Osteuropa 1988 auf 200.000 und im Jahr 1990 auf mehr als 400.000. Mit dem Fall der Berliner Mauer 1989 begann zudem eine große Wanderungsbewegung von Bürgerinnen und Bürgern der ehemaligen DDR in die westlichen Bundesländer. Bis 1997 zogen mehr als 1,5 Million Menschen in Deutschland von Ost nach West.<sup>8</sup> Zusammengerechnet ergibt sich somit zwischen 1988 und 1994 eine Zahl von mehr als 5 Millionen zugewanderten Menschen in die „alten“ Bundesländer bzw. insgesamt nach Deutschland.<sup>9</sup> Nur ein Teil davon wurde in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht und beantragte Asyl. Für Ausgesiedelte beispielsweise war kein Asylantrag notwendig. Trotzdem zeigen die Zahlen, dass es zu dieser Zeit große Umbrüche hinsichtlich der Einwanderung und Bevölkerungsstruktur gab.

Dies führte zu heftigen gesellschaftlichen Reibungen. Weite Teile der deutschen Bevölkerung fürchteten durch die ausländischen Zuwanderer nicht nur vermeintlich höhere gesellschaftliche Kosten, zum Beispiel durch einen vermehrten Bezug von Sozialhilfe, es wurden auch Befürchtungen in Bezug auf eine möglicherweise höhere Kriminalität und die Schwierigkeit der Integration geäußert. In den Medien und der Politik kam es zu kontroversen öffentlichen Debatten um vermeintliche „Scheinasylanten“ und angeblichen „Asylmissbrauch“, die nicht selten rassistische Untertöne beinhalteten.<sup>10</sup> Hinzu kamen zahlreiche Gewalttaten gegen Asylbewerbende und Zugewanderte, unter anderem die gewalttätigen Ausschreitungen gegen Asylunterkünfte 1991 in Hoyerswerda und 1992 in Rostock-Lichtenhagen. Gleichzeitig unterstellten Teile der Öffentlichkeit der Polizei im Zuge dieser Gewalttaten nicht konsequent und energisch genug gegen rechte Gewalt vorgegangen zu sein.<sup>11</sup> Ein besonders brutales Vorgehen durch rechtsextreme Personen zeigte sich in den Folgejahren zudem an der Ermordung türkischstämmiger Migrantinnen und Migranten durch Brandanschläge 1992 in Mölln und 1993 in Solingen. Insgesamt kam es zwischen 1991 und 1993 zu mehr als 12.500 fremdenfeindlichen Gewalt- und Straftaten (zum Vergleich 1990: 250 Straftaten). Allein auf das Jahr 1992 fielen davon mehr als die Hälfte der Taten, bei denen laut Bundeskriminalamt 15 Menschen getötet wurden, während die *Amadeu Antonio Stiftung* sogar von 25 Getöteten ausgeht.<sup>12</sup> Die Zahl der Verletzten dürfte dabei um ein vielfaches höher liegen.

---

<sup>7</sup> Vgl. BAMF 2018: S. 3

<sup>8</sup> Vgl. Bade/Oltmer 2005

<sup>9</sup> Vgl. BAMF 2018: S.3; Vgl. Bade/Oltmer 2005; Vgl. Seifert 2012

<sup>10</sup> Vgl. Peşmen 2017

<sup>11</sup> Vgl. Murck/Schmalzl/Zimmermann 1993

<sup>12</sup> Vgl. Gräfe 2016: S. 168-169

Schließlich wurde 1993 das Asylrecht im Art. 16 GG mit einer Grundgesetzänderung in den neuen Artikel 16a GG verändert. Seitdem haben Personen, die entweder aus Ländern, in denen es keine politische Verfolgung gibt oder die über sogenannte „sichere Drittstaaten“ eingereist sind, kein Anrecht mehr auf die Beantragung von Asyl in Deutschland. Dies führte dazu, dass eine legale Einreise nach Deutschland mit dem Ziel der Beantragung von politischem Asyl de facto nur noch mit dem Flugzeug möglich wurde. Aufgrund der damit verbundenen hohen finanziellen Hürde folgte daraus eine große Selektion, wer legal Asyl beantragen kann und wer nicht.<sup>13</sup> Gleichzeitig führte es dazu, dass in der Folge die irreguläre Migration anstieg. Asylsuchende, die aus Nachbarstaaten nach Deutschland einreisten, machten sich nun unmittelbar der Straftat der unerlaubten Einreise nach §95 Aufenthaltsgesetz (AufenthG)<sup>14</sup> schuldig, was mit einer Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr oder einer Geldbuße bestraft werden kann. Jedoch wird mehr als die Hälfte der Verfahren eingestellt oder sie bleiben in der Regel folgenlos, da Geflüchtete unter den Schutz der Genfer Konvention fallen und der illegale Grenzübertritt somit rechtlich als geringfügige Straftat eingeordnet wird.<sup>15</sup> Insgesamt nahm die Zahl der Asylsuchenden durch diese Gesetzesänderung stark ab, sodass 1994 nur noch etwa 127.000 Personen Asyl in Deutschland beantragten, auch wenn die Zahlen bis ins Jahr 2001 auf einem ähnlichen hohen Jahresniveau verblieben und erst danach wieder unter 100.000 sanken.<sup>16</sup>

Für die Polizei, private Sicherheitsdienste, die Kommunen und Hilfsorganisationen ergaben sich durch diese Geschehnisse spätestens seit dem Jahreswechsel 1989/90 große Herausforderungen, was die Bewältigung der Situation angeht. Für Hilfsorganisationen und Kommunen ging es in erster Linie darum, genügend Unterkünfte für die ankommenden Menschen bereitzustellen, diese in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)<sup>17</sup> zu registrieren, finanzielle Unterstützung und eine ausreichende Gesundheitsversorgung zur Verfügung zu stellen, bis ihr jeweiliger Asylantrag bearbeitet wurde. Für die Polizei ergaben sich vor allem die Herausforderungen, bei Straftaten innerhalb, im Umfeld von oder gegen Flüchtlingsunterkünfte tätig zu werden. Private Sicherheitsdienste waren bereits damals für die generelle Sicherheit und Ordnung der Unterkünfte zuständig, da die Polizei nur bei konkreten Straftaten einschritt. In einigen Behörden wurden zusätzlich private Sicherheitsdienste während der Registrierung der Asylbewerber eingesetzt, um möglichen Konflikten vor Ort zu begegnen.

## 2.2 Zusammenfassung

### Identifizierte Themen in der Zusammenarbeit:

#### Asylantrag/Registrierung

- Aufgrund der hohen Zahl asylantragstellender Personen konnten diese an einem Standort oft nicht erkenntnisdienlich von der Polizei erfasst werden und die Angaben der Personen nicht überprüft werden, da dafür sowohl zu wenige Sachbearbeitende in den zuständigen Ämtern

---

<sup>13</sup> Vgl. Bade/Oltmer 2005

<sup>14</sup> Vgl. Kapitel 9 - Aufenthaltsgesetz (AufenthG)

<sup>15</sup> Vgl. o.V. 2016d: ZEIT ONLINE, 12. 06.2016

<sup>16</sup> Vgl. BAMF 2018: S. 3

<sup>17</sup> Damals trug das BAMF den Namen „Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge“. Vgl. dazu: <http://www.bamf.de/DE/DasBAMF/Chronik/Bundesamt/bundesamt-node.html> (27.11.2018)



zur Verfügung standen, als auch die notwendige Technik hierfür fehlte. Dadurch kam es zu Problemen mit Mehrfachidentitäten von Personen im Asylverfahren.<sup>18</sup>

## Einrichtung Unterkunft

- Während an einem Standort u.a. Container als Notunterkünfte dienten, wurden in Stuttgart-Vogelsang beispielsweise eine umgebaute Wagenhalle der Straßenbahngesellschaft als Notunterkunft hergerichtet.<sup>19</sup>
- In Stuttgart-Botnang wiederum wurden Fertighäuser eingerichtet, um Asylsuchende unterzubringen.<sup>20</sup>

## Finanzierung

- In Bezug auf ein zu installierendes Notfallsystem gegen rechtsradikale Übergriffe in Unterkünften für Geflüchtete gab es Probleme bezüglich der Finanzierung des Systems. Ursprünglich wurde davon ausgegangen, dass das Land Baden-Württemberg die Kosten hierfür trägt. Jedoch war das Land letztlich nur bereit die Kosten für ein System in Zusammenarbeit mit der Polizei zu übernehmen, was allerdings von Polizei und Kommune abgelehnt wurde, da Zweifel am Kosten-Nutzen-Verhältnis eines solchen Systems bestanden.<sup>21</sup>

## Gewalt/Kriminalität

- Aufgrund der Ablehnungen von Asylgesuchen während der Antragsbearbeitung kam es zum Teil zu gewalttätigen Auseinandersetzungen im zuständigen Amt eines Standorts, wodurch so lange Polizeischutz gewährt werden musste, bis ein privater Sicherheitsdienst eingesetzt werden konnte.<sup>22</sup>
- Es kam in ganz Deutschland zu zahlreichen Brandanschlägen auf Asylunterkünfte.<sup>23</sup>
- In Mannheim gab es den Versuch einer größeren Menschenmenge der jugendlichen und erwachsenen Einwohnerschaft Selbstjustiz gegen Flüchtlinge zu verüben. Grund hierfür war die Verbreitung des Gerüchts, die Geflüchteten seien für die Vergewaltigung einer Deutschen verantwortlich. Die Befriedung der Situation stellte für die Polizei aufgrund der Menge von etwa 200 Personen eine Herausforderung dar. Insbesondere da es nach dem Vorfall zu Demonstrationen seitens auswärtiger Linksautonomer sowie Rechtsradikaler im Stadtteil kam. Schließlich stellte sich heraus, dass der mutmaßliche Täter ein US-amerikanischer Bekannter des Opfers war.<sup>24</sup>

## Personal

- Es habe an einem Standort Schwierigkeiten gegeben, ausreichend qualifiziertes privates Sicherheitspersonal zu finden, das die benötigten Sprachkenntnisse besitzt, um mit den Bewohnenden der Unterkünfte zu kommunizieren.<sup>25</sup>

---

<sup>18</sup> VS-NfD-Quelle

<sup>19</sup> Vgl. o.V. 1992b: Stuttgarter Zeitung, 01.02.1992

<sup>20</sup> Vgl. o.V. 1993b: Stuttgarter Zeitung, 06.10.1993

<sup>21</sup> Vgl. o.V. 1993a: Stuttgarter Zeitung, 19.01.1993

<sup>22</sup> VS-NfD-Quelle

<sup>23</sup> Vgl. Gräfe 2016

<sup>24</sup> Vgl. o.V. 1992a: Bonner Generalanzeiger, 11.09.1992

<sup>25</sup> VS-NfD-Quelle

- In einem anderen Fall wurden lediglich in städtischen Aufnahmeeinrichtungen sozialpädagogisches Personal eingesetzt, während dies in Unterkünften der Bezirksregierung nicht der Fall war.<sup>26</sup>
- Ein allgemeines Problem betraf die Gewährleistung einer ausreichenden Anzahl an verfügbaren Dolmetschenden, die sowohl Kommunen als auch andere Organisationen bei der Kommunikation mit Asylsuchenden unterstützten.<sup>27</sup>

## Soziales

- Ein weiteres Problem betraf die Konzentration von Unterkünften in Stadtteilen, die als sozial schwach galten, während besser situierte Stadtteile kaum Unterkünfte von Geflüchteten hatten. Dadurch wurde von der Polizei eine Ghettoisierung befürchtet.<sup>28</sup>

## Kommunikation/Koordinierung

- Probleme ergaben sich beispielsweise dadurch, dass die Kommunen und die Leitungen einiger Unterkünfte nur tagsüber zu den üblichen Bürozeiten erreichbar waren.<sup>29</sup>
- Ein allgemeines Problem betraf die Gewährleistung einer ausreichenden Anzahl an verfügbaren Dolmetschenden, die sowohl Kommunen als auch andere Organisationen bei der Kommunikation mit Asylsuchenden unterstützten.<sup>30</sup>
- Einige Hilfsorganisationen standen der Arbeit der Polizei im Allgemeinen sehr kritisch gegenüber, weshalb eine Zusammenarbeit zum Teil erschwert war.<sup>31</sup>
- Insgesamt wurden in einem Fall die Beziehungen zu Heimleitungen, privaten Sicherheitsdiensten und Kommunen von Polizeiseite als gut bewertet und eine noch engere Zusammenarbeit als wünschenswert erachtet.<sup>32</sup>

## Gremien/Bündnisse

- Bezüglich der interorganisationalen Gremienarbeit wurde ein Runder Tisch eingerichtet und etabliert, der Ende 1992 in Stuttgart gegründet wurde und bis mindestens Herbst 1994 bestand. Hier waren unter anderem Vertretende der Polizei, Kommune und weiteren Organisationen aus dem Sozialbereich sowie Angehörige verschiedener Volksgruppen und Nationalitäten anwesend. Anfangs wurden dort Probleme bezüglich der Gewalt gegen ausländische Personen besprochen und versucht Gegenmaßnahmen zu entwickeln, z.B. über die Einrichtung von Nottelefonen in Asylunterkünften. Später änderten sich die thematischen Schwerpunkte des Gremiums unter anderem hin zum Thema ethnische Konflikte, z.B. zwischen kurdisch- und türkischstämmigen Personen.<sup>33</sup>
- Ein weiteres interorganisationales Gremium war ein eingerichteter Koordinierungsstab, der bei der Kommune angesiedelt war. Hier wurde zwischen Kommune, Polizei und weiteren Akteuren an der Gewährleistung ausreichender Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete

---

<sup>26</sup> VS-NfD-Quelle

<sup>27</sup> VS-NfD-Quelle

<sup>28</sup> VS-NfD-Quelle

<sup>29</sup> VS-NfD-Quelle

<sup>30</sup> VS-NfD-Quelle

<sup>31</sup> VS-NfD-Quelle

<sup>32</sup> VS-NfD-Quelle

<sup>33</sup> Vgl. o.V. 1994: Stuttgarter Zeitung, 15.10.1994

gearbeitet und eine Containerbauweise angewandt, um schnell genügend Unterkünfte zu schaffen.<sup>34</sup>

## **Beziehungen der Organisationen zueinander:**

### Polizei und private Sicherheitsdienste:

Den untersuchten Berichten und Artikeln zufolge scheint es eine gute Zusammenarbeit zwischen Polizei und privaten Sicherheitsdiensten gegeben zu haben. Dies wurde besonders daran deutlich, dass die Sicherheitsdienste der Polizei bei Straftaten innerhalb der Flüchtlingsunterkünfte wertvolle Informationen über die Gegebenheiten der Einrichtungen und die Beziehungen der Bewohnenden zueinander geben konnten. Ebenso ist in den beschriebenen Standorten mehrfach die Rede von den guten Beziehungen der beiden Akteure zueinander. Trotzdem kam es teilweise zu Schwierigkeiten, beispielweise wurden aufgrund fehlender Sprachkenntnisse manche Situationen in den Unterkünften von Sicherheitskräften fehlinterpretiert, wodurch es zu unnötigen Polizeieinsätzen kam. Dies lag unter anderem daran, dass es den privaten Sicherheitsunternehmen anscheinend schwerfiel, qualifiziertes Personal zu finden, besonders im Hinblick auf Sprachkenntnisse und interkulturelle Kompetenzen. In den Handlungsempfehlungen einer Publikation wird darauf hingewiesen, ein kooperatives Verhältnis zwischen Polizei und privaten Sicherheitsdiensten zu entwickeln. Dies lässt darauf schließen, dass die Zusammenarbeit zwischen den beiden Akteuren nicht immer optimal verlief und eine gute Kooperation der Akteure mit einem gewissen Engagement verbunden ist.

### Polizei und Kommune:

Zum Verhältnis dieser beiden Akteure gibt es unterschiedliche Berichte. So wird in einer Publikation von Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit gesprochen, da die Kommune die Polizei bei Problemen in einer Unterkunft nicht ausreichend unterstützen konnte. Schwierigkeiten gab es laut einem anderen Bericht auch aufgrund einer Überforderung der Kapazitäten des Sozialamts durch die hohe Anzahl Geflüchteter. Dadurch konnten Erkenntnisse der Polizei zu einzelnen Personen nicht überprüft werden. Zum Beispiel war es aufgrund der Personalknappheit nicht möglich, die Angaben zu den jeweiligen Identitäten zu überprüfen, wodurch es zu einigen Fällen kam, bei denen sich Asylsuchende mehrfach an verschiedenen Orten mit falschen Identitätsangaben registrieren ließen. Zudem seien die Mitarbeitenden nur zu den üblichen Bürozeiten erreichbar gewesen, was die Arbeit der Polizei erschwerte. Dadurch konnten nämlich wichtige Entscheidungen zum Teil nicht oder nur sehr spät getroffen werden. Der zusätzliche Hinweis, dass eine engere Kooperation und ein besserer Informationsaustausch untereinander angestrebt werden sollte, verdeutlicht die Einschätzung einer mangelhaften Kommunikation der Akteure.

### Polizei und Hilfsorganisationen:

Das Verhältnis zwischen Polizei und Hilfsorganisationen wie Kirche, soziale Dienste und Ausländervereine wurde in einem Beitrag als schwierig beschrieben, da diese der Polizeiarbeit insgesamt sehr kritisch, teilweise sogar ablehnend, gegenübergestanden hätten.

---

<sup>34</sup> VS-NfD-Quelle

Private Sicherheitsdienste und Kommunen:

Zum Verhältnis der privaten Sicherheitsdienste zu den Kommunen liefern die ausgewerteten Quellen nur wenige Informationen. So wird einzig berichtet, dass die Sicherheitsdienste zum Schutz der Unterkünfte eingesetzt wurden und somit von den Betreibenden, sprich von den Kommunen oder Bezirksregierungen, beschäftigt wurden.

Private Sicherheitsdienste und Hilfsorganisationen:

Hierzu wurden keine Informationen gefunden.

Kommunen und Hilfsorganisationen:

Auch hierzu liegen nur wenige Informationen vor. Einziges Beispiel war die Zusammenarbeit der Kommune im Stuttgarter Stadtteil Botnang mit einem Verein zur Unterstützung bosnischer Flüchtlinge und der evangelischen Kirche. Dort wurden gemeinsam finanzielle und personelle Beiträge zum Betreiben einer Unterkunft geleistet.

## 2.3 Zwischenfazit

### **Identifizierte Probleme/Konflikte in der Zusammenarbeit:**

Probleme ergaben sich insbesondere durch einen Mangel an Dolmetschenden bzw. qualifiziertem Personal hinsichtlich Sprachkenntnissen, um mit den Geflüchteten kommunizieren zu können. Dies betraf sowohl die Kommunikation mit Flüchtlingen innerhalb der Notunterkünfte, beispielsweise mit dem Wachpersonal, als auch mit Kommunen und anderen Organisationen. Weitere Probleme ergaben sich durch eingeschränkte Erreichbarkeiten der städtischen Träger und Unterkunftsleitung. Insgesamt deuten die Befunde darauf hin, dass die Zusammenarbeit teilweise durch unzureichende und vorurteilsbehaftete Kommunikation geprägt war, die wiederum einen mangelhaften Informationsaustausch zur Folge hatte. Des Weiteren kam es aufgrund unzureichender personeller und technischer Ressourcen bei der Registrierung und polizeidienstlichen Erfassung der hohen Anzahl ankommender Menschen bei einigen Personen zu Mehrfachidentitäten im Asylverfahren. Die Übermittlung der Ablehnung von Asylanträgen führte teilweise zu gewalttätigen Auseinandersetzungen in Unterkünften, die den Einsatz von Polizei notwendig machten.

### **Identifizierte Positivbeispiele in der Zusammenarbeit:**

Ein mögliches Positivbeispiel wäre unter anderem die Einrichtung von interorganisationalen Gremien, wie dem Stuttgarter Runden Tisch. Dieser bestand über mehrere Jahre hinweg und hat sich laut der vorliegenden Berichterstattung als zielführend erwiesen. In einem anderen Beispiel wurde ein Koordinierungsstab eingerichtet, um der Knappheit an geeigneten Unterkünften für die Geflüchteten zu begegnen. Über die Qualität der Zusammenarbeit in beiden Gremien ist wenig bekannt, die Einrichtung dieser verdeutlicht jedoch einen Bedarf an interorganisationalem Austausch und Zusammenarbeit, der in allen genannten Beispielen immer wieder durchklingt. Eine entsprechende Verstetigung bzw. Strukturierung einer solchen Zusammenarbeit erscheint daher notwendig.

## 3 Medieninhaltsanalyse 2015/2016

### 3.1 Generelle Situation 2015/2016 – Einführung

In den Jahren 2015 und 2016 stieg die Anzahl Asylsuchender aus Kriegsgebieten wie Syrien, Afghanistan und dem Irak in Deutschland enorm an. Insbesondere der seit 2011 andauernde Krieg in Syrien hatte zur Folge, dass viele Menschen flüchten mussten. Der größte Anteil der geflüchteten Bevölkerung fand Zuflucht in benachbarten Staaten. So ist davon auszugehen, dass etwa 90 Prozent der Geflüchteten, die ihr Heimatland verlassen, in Nachbarstaaten abwandern. Da es in vielen Ländern kein funktionierendes Asylsystem gibt, lassen sich jedoch keine genauen Angaben zur Verteilung machen. Festhalten lässt sich hingegen, dass allein in der ersten Hälfte des Jahres 2015 85 Prozent mehr Asylanträge als im Vorjahr in der EU gestellt wurden, davon wurden insgesamt für das Jahr mehr als 740.000 in Deutschland gestellt.<sup>35</sup> Das ist die höchste Zahl an Asylgesuchen die je in der Bundesrepublik gestellt wurden. Aufgrund einer zunächst nur oberflächlichen Datenerfassung schließt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nicht aus, dass es bei der Erfassung der ankommenden Menschen 2015 teilweise zu Doppelregistrierungen kam. Um dies in Zukunft zu vermeiden, werden seit Februar 2016 alle persönlichen Daten der Personen bereits an der Ländergrenze aufgenommen.<sup>36</sup>

Das in den 1990er Jahren eingeführte Dublin-Verfahren wurde in Deutschland für Asylsuchende aus Syrien aus humanitären Gründen ausgesetzt. So wurden wegen der prekären Zustände in Unterkünften in den am Mittelmeer liegenden Staaten wie Griechenland oder Italien, Rückführungen dorthin ausgesetzt. Anstatt der bisherigen Dublin-Verordnung, die vorschreibt, dass alle Flüchtlinge in dem EU-Staat Asyl beantragen müssen, den sie zuerst betreten haben, wurde nun eine Quotenregelung innerhalb der EU zur Aufnahme von Geflüchteten diskutiert.<sup>37</sup> Diese hatte sich im Endeffekt jedoch nicht als politisch durchsetzbar erwiesen. Schließlich wurden aufgrund der ökonomisch unterschiedlichen Bedingungen der EU-Mitgliedsstaaten formal nicht verpflichtende flexible Solidaritäten vereinbart, beispielsweise in Form monetärer Zuwendungen an das UNHCR.<sup>38</sup>

Vor allem geprägt durch die Massenmedien unterlag die öffentliche Wahrnehmung während der Ereignisse im Zeitraum 2015/16 großen Veränderungen. In der Gesamtschau stellt sich die mediale Berichterstattung Anfang 2015 noch vergleichsweise emotionslos dar. Die gezeigten Bilder und Berichte konzentrieren sich zu diesem Zeitpunkt größtenteils auf Geflüchtete als eine anonyme Gruppe und zeigen diese beispielsweise in überfüllten Booten auf dem Mittelmeer oder in Warteschlangen vor Notunterkünften. Nur vereinzelt wird über Einzelschicksale berichtet oder gar Positivbeispiele angebracht. Im Vordergrund standen meist die Fluchtbedingungen und das durch Krieg und Schlepperbanden verursachte Leid. Gleichzeitig ging die dargestellte Dramatik dabei oftmals mit einer Diskussion um sogenannte „Wirtschaftsflüchtlinge“ einher. Dies änderte sich im Laufe des Jahres maßgeblich. Mit der steigenden Zahl ankommender Menschen und der Eröffnung von Notunterkünften nahmen zunächst Berichte über Einzelschicksale zu. Nachdem es zu gewalttätigen, fremdenfeindlichen Ausschreitungen von mehr als 1000 Personen gegen die Eröffnung einer

---

<sup>35</sup> Vgl. Lehmann 2015; BAMF 2018, S. 3.

<sup>36</sup> Vgl. Daldrup 2016

<sup>37</sup> Vgl. o.V. 2015r: ZEIT ONLINE, 25. August 2015

<sup>38</sup> Vgl. Lücke 2017

Notunterkunft in Heidenau kam, bei der mehr als 30 Polizisten verletzt wurden, erhielt die Berichterstattung über tragische Fluchtschicksale zunehmende Aufmerksamkeit. In der Folge dominierten Bilder ankommender Menschen an überfüllten Bahnhöfen und eine Willkommenskultur die mediale Präsenz. Selbst die Bild-Zeitung änderte kurzzeitig ihre Strategie und beteiligte sich mit einer Kampagne zur Unterstützung Geflüchteter, anstatt wie zuvor Vorurteile gegenüber Asylsuchenden zu befeuern. Außer Acht gelassen wurde dabei oftmals eine kritische Distanz zu den Ereignissen oder eine kritische Auseinandersetzung mit der EU-Asylpolitik. Ein zunehmendes Misstrauen in eine ausgewogene Berichterstattung machte sich breit. Journalistinnen und Journalisten sahen sich aus Teilen der Bevölkerung dem Vorwurf der „Lügenpresse“ ausgesetzt und die Politik lieferte sich öffentlich zum Teil heftige Schlagabtausche zum Thema Asylpolitik. Fast täglich wurde von nun an über Flüchtlingskriminalität berichtet und immer wieder wurde die Frage danach aufgeworfen, wie viele Menschen überhaupt aufgenommen werden können. Zusätzlich führten Vermischungen der Flüchtlingssituation beispielsweise mit den Terroranschlägen in Paris oder den Ereignissen der Kölner Silvesternacht teilweise zu Verunsicherung in der Bevölkerung.<sup>39</sup>

Neben einer Vielzahl ehrenamtlicher Vereinigungen und Einzelpersonen waren insbesondere auch die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) gefordert, größtenteils unvorbereitet auf die Lage zu reagieren. Die Anforderung, möglichst schnell eine große Anzahl ankommender Menschen zu versorgen und unterzubringen führte dazu, dass die BOS zum Teil Aufgaben zu bewältigen hatten, die neuartig und ungewohnt oder üblicherweise im Zuständigkeitsbereich anderer Organisationen waren.

---

<sup>39</sup> Vgl. Hemmelmann/Wegner 2016

## 3.2 Trier



Abbildung 2 Land Rheinland-Pfalz (CC-Lizenz, Urheber: TUBS)<sup>40</sup>

<sup>40</sup> [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Rhineland-Palatinate,\\_administrative\\_divisions\\_-\\_colored.svg?uselang=de](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Rhineland-Palatinate,_administrative_divisions_-_colored.svg?uselang=de) (04.07.2019)

## Identifizierte Themen und Probleme in der Zusammenarbeit:

### Einrichtung Unterkunft

- Ende 2015 übernahm der Kreisverband Bernkastel-Wittlich des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) spontan die Aufgabe eine Flüchtlingsunterkunft in Wittlich zu betreiben. Wie ein späterer Zeitungsartikel zeigt, wurde die Wittlicher Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende bis zum 1. April 2016 von Axel Schaumburger geleitet und danach als Außenstelle der AfA Trier von deren Personal betreut, wie die ADD Ende März 2016 bekannt gab. Die AfA Wittlich war für bis zu 1500 Flüchtlinge ausgelegt, in der Region hatte nur die AfA in Trier-Nord Platz für mehr Menschen.<sup>41</sup>
- Probleme gab es dort unter anderem mit der Trinkwasserversorgung, die erst eingerichtet werden musste, weshalb zunächst lediglich eine Notbelegung erfolgen konnte.<sup>42</sup>

### Finanzierung

- Für ein Betreuungskonzept für Geflüchtete wurde aus dem europäischen Sozialfonds knapp die Hälfte der Kosten in Höhe von 5,5 Millionen Euro beantragt. Das Konzept wurde vom Landkreis Trier-Saarburg in Zusammenarbeit mit Hilfsorganisationen organisiert. Die Förderperiode lief – gesetzt dem Fall das Konzept wurde am 9. Februar 2015 vom Kreistag verabschiedet – von Juli 2015 bis September 2018.<sup>43</sup>

### Gewalt/Kriminalität

- In der Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA) in Trier-Nord in der Dasbachstraße kam es im August 2015 zu einem Konflikt zwischen Bewohnenden und privatem Sicherheitspersonal. Ein Einsatz durch die Polizei war nötig, um die eskalierte Auseinandersetzung zu beruhigen. Vier Geflüchtete wurden dabei festgenommen und Strafverfahren eingeleitet, den Grund für die Streitigkeit teilte die Polizei jedoch nicht mit.<sup>44</sup>

### Personal

- Ein Sicherheitsdienst sollte in der AfA Wittlich über die ADD engagiert werden.<sup>45</sup>
- Unter dem in Erstaufnahmeeinrichtungen tätigen privaten Wachpersonal befanden sich zum Teil vorbestrafte Personen sowie Personen mit rechtsradikalem Hintergrund. Dadurch war eine systematische Prüfung der engagierten Sicherheitsunternehmen seitens Kommune und Polizei (LKA) nötig. Es ist davon auszugehen, dass die Unternehmen selbst nicht umfänglich gewährleisten konnten, dass geeignetes Personal eingestellt war, vor allem da die eigentlich von der ADD engagierten Sicherheitsunternehmen ihrerseits Subunternehmer mit der Bewachung beauftragten und diese gar nicht selbst durchführten. Eine vorherige Absprache dazu hatte es mit der ADD anscheinend nicht gegeben. Die Übermittlung der für die Überprüfung notwendigen Unterlagen des privaten Sicherheitspersonals an die ADD verlief

---

<sup>41</sup> Vgl. Willems, Petra 2016; vgl. o.V. 2015p: Trierischer Volksfreund, 22.10.2015

<sup>42</sup> Vgl. Willems, Petra 2016

<sup>43</sup> Vgl. Kremer 2015

<sup>44</sup> Vgl. o.V. 2015o: Trierischer Volksfreund, Ausgabe Bitburger Zeitung, 31.08.2015

<sup>45</sup> Vgl. o.V. 2015p: Trierischer Volksfreund, Ausgabe Wittlicher Zeitung, 22.10.2015



dabei allerdings schleppend, weshalb die ADD mehrmals bei den Unternehmen anfragen musste.<sup>46</sup>

## Soziales

- Um Verunsicherung und Bedenken innerhalb der Bevölkerung hinsichtlich der Umfunktionierung der Sporthalle der ehemaligen Geschwister-Scholl-Schule in der Dasbachstraße in Trier-Nord zu einer Flüchtlingsunterkunft entgegenzuwirken, wurde eine organisationsübergreifende Informationsveranstaltung für Bürgerinnen und Bürger eingerichtet.<sup>47</sup>

## Kommunikation/Koordinierung

- Bei der Integration Geflüchteter von Erstaufnahmeeinrichtungen in Städte und Dörfer der Region wurde in positiver Weise von der Zusammenarbeit der Wohlfahrtsverbände Caritas, DRK und Diakonie mit den Verantwortlichen des Landkreises Trier-Saarburg berichtet. Die Akteure erstellten ein gemeinsames Betreuungskonzept zur Integration Geflüchteter unter anderem in die Mittelzentren Konz, Saarburg und Schweich.<sup>48</sup>
- Die Zusammenarbeit zwischen DRK, Stadt, Landkreis, Justiz und Polizei wurde im Zusammenhang mit der Errichtung der Unterkunft in Wittlich als insgesamt gut bewertet. So gab es u.a. Abstimmungstreffen zwischen DRK, Stadt und Polizei.<sup>49</sup>
- Unter anderem wurden ehrenamtliche Koordinierungsstellen wie das Netzwerk Refugium gegründet, das ab März 2016 auf Initiative der ADD durch eine hauptamtliche Mitarbeiterin des DRK geleitet wurde.<sup>50</sup>

## Gremien/Bündnisse

- Im Dezember 2015 trafen sich in Bitburg Vertretende von Stadt, ADD (über einen Vertreter der AfA Trier), Polizei, Feuerwehr, DRK und weitere, um einen Runden Tisch für Flüchtlingsfragen einzurichten. Themen waren unter anderem die Sicherheit sowie eine Darstellung von aktuellen Personenzahlen durch die ADD und das DRK.<sup>51</sup>

---

<sup>46</sup> Vgl. Deutsche Presse Agentur 2015

<sup>47</sup> Vgl. o.V. 2015q: Volksfreund, 02.12.2015

<sup>48</sup> Vgl. Kremer 2015

<sup>49</sup> Vgl.: o.V. 2015p: Trierischer Volksfreund, Ausgabe Wittlicher Zeitung, 22.10.2015

<sup>50</sup> Vgl. Neubert 2016

<sup>51</sup> O.V. 2015q: Volksfreund, 02.12.2015

### 3.3 Osnabrück



Abbildung 3 Bramsche im Landkreis Osnabrück (CC-Lizenz, Urheber: TUBS<sup>52</sup>)

<sup>52</sup> [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bramsche\\_in\\_OS.svg?uselang=de](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bramsche_in_OS.svg?uselang=de) (04.07.2019)

### 3.3.1 Bramsche-Hesepe

#### Identifizierte Themen und Probleme in der Zusammenarbeit:

##### Asylantrag/Registrierung

- In Bramsche-Hesepe mussten die Flüchtlinge auf ihre Registrierung teilweise Wochen oder Monate warten. Zeitweise befanden sich etwa 3.000 Flüchtlinge in der Einrichtung, aber nur 10 Mitarbeiter zur Registrierung. Unter anderem sollten deshalb pensionierte Beamtinnen und Beamte der Polizei dafür reaktiviert werden.<sup>53</sup>
- Durch die Unterstützung der Polizei konnten die Registrierungsverfahren etwa einen Monat später bereits innerhalb von 15-20 Minuten abgeschlossen werden, so der Unterkunftsleiter, der vor seiner Berufung als Leiter als Polizist mit derselben Aufgabe betraut war. Darüber hinaus wurde das Personal insgesamt von 60 auf 100 Personen aufgestockt, darunter auch Fremdfirmen.<sup>54</sup>

##### Gewalt/Kriminalität

- In der Unterkunft Bramsche-Hesepe kam es zu salafistischen Rekrutierungsversuchen durch zwei Flüchtlinge.<sup>55</sup>

##### Kommunikation/Koordinierung

- Zu einer Sitzung des Ortsrates in Bramsche-Hesepe kamen mehr als 100 Bürger, um sich über die Flüchtlingsunterkunft zu informieren. Anwesend waren unter anderem der Bürgermeister und eine Vertreterin der örtlichen Polizei.<sup>56</sup>
- In Bramsche-Hesepe wurde eine Online-Plattform zur Abfrage von Bedarfen und Hilfsangeboten unter anderem durch die Johanniter betreut und insgesamt erfolgreich umgesetzt.<sup>57</sup>

### 3.3.2 Landkreis Osnabrück

#### Identifizierte Themen und Probleme in der Zusammenarbeit:

##### Asylantrag/Registrierung

- Für eine erste ärztliche Betreuung stand ein Amtsarzt des DRK zur Verfügung sowie diverse Dolmetschende, um die Kommunikation mit Menschen unterschiedlichster Herkunft zu ermöglichen und sie zur Registrierung zu begleiten.<sup>58</sup>

##### Personal

- Zur Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge stellten sich in einer Osnabrücker Notunterkunft zwei Sozialarbeiter der Jugendhilfe zur Verfügung, um an den Wochenenden zu arbeiten. Die Unterkunft befand sich auf dem Gelände eines ehemaligen Uhrenherstellers.

---

<sup>53</sup> Vgl. Fisser/Witte 2015

<sup>54</sup> Vgl. o.V. 2015j: Neue Osnabrücker Zeitung, 24.10.2015

<sup>55</sup> Vgl. Fisser 2015

<sup>56</sup> Vgl. o.V. 2015h: Neue Osnabrücker Zeitung, 14.10.2015

<sup>57</sup> Vgl. o.V. 2015i: Neue Osnabrücker Zeitung, 08.10.2015

<sup>58</sup> Vgl. Schmidt 2015

Zusätzlich sollte auch Personal der privaten Sicherheitsdienste als Ansprechpersonen fungieren.<sup>59</sup>

## Soziales

- Unter den Geflüchteten befanden sich auch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die die erste Nacht in einer Unterkunft verbrachten und anschließend dem Jugendamt überstellt wurden.<sup>60</sup>

## Kommunikation/Koordinierung

- Da die Sicherheitsbehörden davon ausgingen, dass salafistische Rekrutierungsversuche weiter zunehmen würden, sollten als Gegenmaßnahme unter anderem die Mitarbeitenden der Landesaufnahmebehörde (LAB) für das Thema sensibilisiert werden.<sup>61</sup>
- In Georgsmarienhütte gab es einen Info-Abend für Bürgerinnen und Bürger zum Thema Flüchtlingsunterkunft in der Stadt (Zwischenunterkunft). Teilnehmende waren unter anderem Vertretende von Landkreis, Stadt, Polizei und DRK.<sup>62</sup>
- Es gab einen großen Bedarf zur besseren Koordination von Spenden- und Hilfsangeboten in Form einer landkreisweiten Online-Plattform zur Abfrage von Angebot und akutem Bedarf. Deswegen plante der Landkreis die Einrichtung einer Webseite, vor allem auf Initiative von Caritas und Diakonie. Zur Verfügung stand lediglich die Webseite für Bramsche ([www.bramsche-hilft.de](http://www.bramsche-hilft.de)), die aber nur die lokalen Bedarfe abdeckte.<sup>63</sup>
- In einem ehemaligen Uhrengroßhandel verliefen die Vorbereitungen und die Umgestaltung der Gebäude zu einer Notunterkunft anscheinend sehr gut, da sich durch Kontakte der Feuerwehr ein Hilfsbündnis bildete, das durch Arbeitsteilung nach eigener Aussage effizient zusammenarbeitete. Das DRK übernahm dabei das Catering, die Johanniter und die Möwe des SKM die Einrichtung der Gebäude mit Stühlen, Betten etc.<sup>64</sup>
- Zudem gab es regelmäßige Austauschtreffen zwischen Stadt, der Unterkunftsleitung (LAB) und der Polizei.<sup>65</sup>

## Gremien/Bündnisse

- In der Nachbargemeinde zu Bramsche Hesepe, in Belm, gab es einen Runden Tisch für Flüchtlingsfragen, initiiert von der örtlichen Kirchengemeinde. Teilnehmende waren unter anderem das DRK, Ehrenamtliche und Kirchenvertretende.<sup>66</sup>

---

<sup>59</sup> Vgl. ebd.

<sup>60</sup> Vgl. ebd.

<sup>61</sup> Vgl. Fisser 2015

<sup>62</sup> Vgl. o.V. 2015k: Neue Osnabrücker Zeitung, 12.11.2015

<sup>63</sup> Vgl. o.V. 2015i: Neue Osnabrücker Zeitung, 8.10.2015

<sup>64</sup> Vgl. Schmidt 2015

<sup>65</sup> Vgl. o.V. 2015h: Neue Osnabrücker Zeitung, 14.10.2015

<sup>66</sup> Vgl. 2016c: Neue Osnabrücker Zeitung, 01.03.2016

### 3.4 Berlin



Abbildung 4 Land Berlin (Wikipedia)

#### 3.4.1 Berlin Lichtenberg

##### Identifizierte Themen und Probleme in der Zusammenarbeit:

###### Asylantrag/Registrierung

- Zur Registrierung der Flüchtlinge fuhr bei der Eröffnung der Notunterkunft ein mobiles LaGeSo-Team in die Notunterkunft Karlshorst.<sup>67</sup>

###### Einrichtung Unterkunft

- Die Unterkunft am Standort in der Köpenicker Allee konnte aufgrund der schlechten hygienischen Verhältnisse erst nach einigen Tagen Flüchtlinge aufnehmen und registrieren. Diese mussten vorher im Freien campieren. Das DRK wurde deshalb mit dem Betrieb der Notaufnahme beauftragt, damit die hygienischen Verhältnisse sich verbessern.<sup>68</sup>

<sup>67</sup> Vgl. Aulich/Rogalla 2015

<sup>68</sup> Vgl. ebd.

- Neben dem Standort in der Köpenicker Allee und Karlshorst wurden 100 weitere Flüchtlinge von der Caritas in kleinen Unterkünften untergebracht.<sup>69</sup>

## Gewalt/Kriminalität

- In der Einrichtung gab es eine gewalttätige Auseinandersetzung zwischen Bewohnenden, woraufhin diese vom privaten Sicherheitsdienst festgesetzt und die Polizei hinzugezogen wurde.<sup>70</sup>

## Personal

- „Der Betreiber einer Notunterkunft für Flüchtlinge in Karlshorst hat der dort tätigen Sicherheitsfirma gekündigt. Ende Februar war es in der Unterkunft zu einer Massenschlägerei gekommen, die von den Sicherheitsleuten ausgelöst wurde. Das habe jetzt eine Untersuchung ergeben, so die SozDia-Stiftung. Der Leiter der Unterkunft, ein Flüchtling und ein Polizist wurden verletzt. Zunächst hieß es, die Gewalt sei von den Flüchtlingen ausgegangen.“<sup>71</sup> Hierbei handelte es sich um eine Sporthalle in der Treskowallee 8, nicht um die DRK-Notunterkunft in der Köpenicker Allee.<sup>72</sup>

## Soziales

- Die Unterkunft am Standort in der Köpenicker Allee konnte aufgrund der schlechten hygienischen Verhältnisse erst nach einigen Tagen Flüchtlinge aufnehmen und registrieren. Diese mussten vorher im Freien campieren. Das DRK wurde mit dem Betrieb der Notaufnahme beauftragt, damit die hygienischen Verhältnisse sich verbessern.<sup>73</sup>

## 3.4.2 Berlin Moabit

### Identifizierte Themen und Probleme in der Zusammenarbeit:

#### Asylantrag/Registrierung

- Da Flüchtlinge zum Teil wochenlang auf ihre Registrierung im LaGeSo-Gebäude in der Turmstraße warten mussten, wurde in der Bundesallee eine weitere Registrierungsstelle mit Terminsystem eröffnet. Die Daten der Neuankommenden wurden zunächst kurz erfasst. Sie erhielten eine Wartenummer und ein Armband, erfuhren dann in welche Unterkunft sie kommen und erhielten im besten Fall noch am selben Tag einen Termin zur Registrierung. Während der Wartezeit konnten sie sich in bereitgestellten Zelten aufhalten. Mit einem Busshuttle wurden die Flüchtlinge zu den neuen Unterkünften gebracht. Falls kein Termin verfügbar war, wurden sie in ihre derzeitige Unterkunft zurückgebracht.<sup>74</sup>
- Aufgrund der Vielzahl an Geflüchteten halfen in der Registrierungsstelle in der Bundesallee zeitweise auch Bundeswehrsoldaten mit.<sup>75</sup>

---

<sup>69</sup> Vgl. Aulich/Rogalla 2015

<sup>70</sup> O.V. 2015d: Berliner Zeitung, 20.08.2015

<sup>71</sup> O.V. 2016b: B.Z., 17.03.2016

<sup>72</sup> Telef. Auskunft eines Polizeivertreters aus Lichtenberg.

<sup>73</sup> Vgl. Aulich/Rogalla 2015

<sup>74</sup> Vgl. Treichel 2015a

<sup>75</sup> Vgl. o.V. 2015f: Berliner Zeitung, 20.11.2015

## Einrichtung Unterkunft

- Auf dem LaGeSo-Gelände kam es zum Angriff auf Polizeibeamte und -beamtinnen durch mehrere Geflüchtete. Auslöser war, dass einige Männer in falsche, abgesperrte Zelte gehen wollten. Zwei Polizisten wurden verletzt.<sup>76</sup>

## Personal

- Im LaGeSo hetzte seitens der privaten Sicherheit ein Mitarbeiter gegen Helfende und Flüchtlinge mit eindeutig rechtsradikalem Gedankengut.<sup>77</sup> Aufgefallen waren dabei vor allem mehrfach Mitarbeitende einer privaten Sicherheitsfirma und deren Subunternehmen. Videoaufnahmen der Überwachskameras zeigen unter anderem, dass Wachmänner auf Geflüchtete einprügelten und rassistische Kommentare äußerten.<sup>78</sup> Schließlich wurde der Firma wegen dieser Vorfälle gekündigt.<sup>79</sup>
- Leitende Mitarbeitende des LaGeSo standen unter Korruptionsverdacht, sich im Zusammenhang mit der Vergabe von Flüchtlingsunterkünften finanziell persönlich bereichert zu haben. Dabei soll mit einem Immobilienunternehmen zusammengearbeitet worden sein, dass zu hohe Preise für den Kauf von Unterkünften veranschlagt hatte.<sup>80</sup>
- Ein Referatsleiter des LaGeSo stand unter Verdacht von einer privaten Sicherheitsfirma finanziell bestochen worden zu sein, damit die Firma zum Schutz von Unterkünften engagiert wurde.<sup>81</sup>
- Es wurde im August 2015 geplant, auch pensionierte Beamenschaft zur Unterstützung des LaGeSo einzusetzen.<sup>82</sup>

## Soziales

- „Die freiwilligen Flüchtlingshelfer auf dem Gelände des Landesamtes für Gesundheit und Soziales haben amtliche Hindernisse beklagt. Am Donnerstag kontrollierten Mitarbeiter des Gesundheits- und Veterinäramtes nach Angaben der Ehrenamtlichen ihre Arbeit. Die Ämter monierten demnach die hygienischen Bedingungen, unter denen Helfer von "Moabit hilft" Obst und Brote für die stundenlang auf ihre Registrierung wartenden Flüchtlinge herstellten. Sie erteilten Auflagen, die die Initiative nicht ohne Unterstützung des Lageso erfüllen könne. Die Kontrolle des Gesundheitsamtes sei aufgrund einer anonymen Anzeige erfolgt, hieß es. (dpa)“<sup>83</sup>

## Gremien/Bündnisse

- Die B.Z. berichtet am 12.08.2015, dass mit Bezug auf das LaGeso ein „Neuer Koordinierungsstab“ gegründet worden sei mit Vertretern von BVG, Feuerwehr, Polizei,

---

<sup>76</sup> Vgl. o.V. 2015e: Berliner Zeitung, 17.11.2015

<sup>77</sup> Vgl. o.V. 2015b: B.Z., 25.11.2015

<sup>78</sup> Vgl. o.V. 2015s: B.Z., 24.11.2015

<sup>79</sup> Vgl. o.V. 2015g: Berliner Zeitung, 28.11.2015

<sup>80</sup> Vgl. Treichel 2015b

<sup>81</sup> Vgl. Bombosch/Schupp/Schnedelbach 2016

<sup>82</sup> Vgl. o.V. 2015a: B.Z. 12.08.2015

<sup>83</sup> Vgl. o.V. 2015c: Berliner Zeitung, 14.08.2015

Technischem Hilfswerk und den Berliner Bezirken, der sich täglich über die aktuelle Lage abstimmte.<sup>84</sup>

### 3.4.3 Land Berlin

#### Identifizierte Themen und Probleme in der Zusammenarbeit:

##### Gremien/Bündnisse

- Der landesweite Koordinierungsstab zur Versorgung der Flüchtlinge bestand aus 45 Mitgliedern: Verwaltung, Polizei, Feuerwehr, Hilfsorganisationen usw. Eine personelle Aufstockung sowie die Einrichtung einer doppelten Führungsspitze des Gremiums wurde begrüßt, um die Mammutaufgabe zu bewältigen. Eines der größten Probleme stellte die Organisation neuer Unterkünfte dar. Mit der Leitung wurde der ehemalige Polizeipräsident Dieter Glitsch beauftragt.<sup>85</sup>

### 3.5 Überregional

#### Identifizierte Themen und Probleme in der Zusammenarbeit:

##### Einrichtung Unterkunft

- In Vaterstetten (Bayern) wurde eine Turnhalle quasi über Nacht zu einer Notunterkunft für 200 Flüchtlinge umgebaut. Bei den Umbaumaßnahmen kooperierten Landratsamt, Bayerisches Rotes Kreuz (BRK) und THW miteinander. Das BRK lobte dabei die Zusammenarbeit mit dem THW. Im Landratsamt habe man die notwendigen Vorgänge dafür oft durchgespielt und in diesem Fall trat das Ereignis nicht überraschend ein, sondern man konnte damit rechnen. Der Krisenstab im Landratsamt konnte kurzfristig zusammenkommen.<sup>86</sup>

##### Gewalt/Kriminalität

- In Nauen (Brandenburg) wurde eine zur Notunterkunft umgebaute Turnhalle durch Brandstiftung vollständig zerstört.<sup>87</sup>
- In der Erstaufnahmeeinrichtung im Fliegerhorst Fürstfeldbruck (Bayern) nahm nach Eröffnung die Zahl der Polizeieinsätze stark zu, da die 600 Bewohner auf engem Raum wohnten, sodass Konflikte nicht ausblieben und der private Sicherheitsdienst regelmäßig die Polizei hinzuziehen musste. Die Vorfälle reichten von Streitereien, über Diebstähle, bis hin zu leichter Körperverletzung. Ein großes Problem dabei sei der Alkoholkonsum in der Einrichtung gewesen, ebenso wie Sprachbarrieren, da so oft nicht direkt mit Bewohnenden kommuniziert werden könne und sich so die Einsätze in die Länge gezogen hätten.<sup>88</sup>

---

<sup>84</sup> Vgl. o.V. 2015a: B.Z., 12.08.2015

<sup>85</sup> Vgl. Zylka 2015

<sup>86</sup> Vgl. o.V. 2015m: Sueddeutsche Zeitung, 20.05.2015

<sup>87</sup> Vgl. o.V. 2015t: B.Z., 26.08.2015

<sup>88</sup> Vgl. o.V. 2015l: Sueddeutsche Zeitung, 30.01.2015



## Personal

- In Karlsfeld (Bayern) berichtete der Leiter der Arbeitsgruppe „Koordination“ und Sprecher des Helferkreises, dass diese hinsichtlich der Verfügbarkeit von Dolmetschenden gut vorbereitet gewesen seien, weil in den umliegenden christlichen Gemeinden Äthiopier, Eritreer und Nigerianer wohnten, die hierfür angefragt wurden.<sup>89</sup>
- In Dachau (Bayern) wurde ein ehemaliger Polizeibeamter aus dem Ruhestand berufen, um als Sicherheitsbeauftragter für das Landratsamt im Bereich der Asylunterkünfte tätig zu sein. Dabei hatte er drei Aufgabenfelder: die Bewertung potentieller neuer Standorte für Unterkünfte im Hinblick auf Sicherheit, die Koordinierung und Überprüfung von privaten Sicherheitsdiensten sowie als Ansprechpartner für Beschwerden zu fungieren. Er sollte Konzepte entwickeln, wie Konflikte zwischen Geflüchteten untereinander und mit der Bevölkerung frühzeitig vermieden werden könnten und sich bei Bedarf mit verschiedenen Institutionen und Organisationen dazu absprechen.<sup>90</sup>
- Das Landratsamt Dachau (Bayern) hatte eine private Sicherheitsfirma für eine Flüchtlingsunterkunft engagiert, dessen Geschäftsführer gleichzeitig als Vollzeitkraft im Ausländeramt des Landkreises Dachau arbeitete. Die Arbeit bei der privaten Sicherheitsfirma sei eine genehmigte Nebentätigkeit gewesen. Ein Interessenskonflikt wurde dabei vom zuständigen Amt nicht gesehen, so die Zeitung. Nach Aussage des Geschäftsführers würde die Firma nicht nur Wachtätigkeiten durchführen, sondern auch bei der Organisation helfen, z.B. beim Bettenaufbau und der Registrierung oder bei der Essensausgabe.<sup>91</sup>
- In Eisenhüttenstadt (Brandenburg) wurde ein leitender Mitarbeiter der zentralen Erstaufnahmeeinrichtung des DRK der mehrfachen sexuellen Belästigung und Nötigung von Frauen beschuldigt und vom Dienst suspendiert.<sup>92</sup> Ähnliche Vorfälle fanden durch einen Übersetzer in derselben Unterkunft statt. Die Beschwerden über den Mann sowie weitere Beschwerden von Frauen aus der Unterkunft über sexuelle Belästigungen und eine Vergewaltigung durch andere Bewohner wurden anscheinend von einigen der dort tätigen Mitarbeitenden vor Ort zunächst nicht ernst genommen. Der DRK-Landesverband hatte nach Bekanntwerden der Vorfälle ein Krisenteam eingerichtet, um die Geschehnisse aufzuarbeiten.<sup>93</sup>

## Probleme/Konflikte

- Das Landratsamt Dachau hatte eine private Sicherheitsfirma für eine Flüchtlingsunterkunft engagiert, dessen Geschäftsführer gleichzeitig als Vollzeitkraft im Ausländeramt des Landkreises Dachau arbeitet. Die Arbeit bei der privaten Sicherheitsfirma sei eine genehmigte Nebentätigkeit. Ein Interessenskonflikt wurde dabei vom zuständigen Amt nicht gesehen, so die Zeitung. Im Kreistag dagegen gab es von den Grünen Kritik an der Personalie.<sup>94</sup>

---

<sup>89</sup> Vgl. o.V. 2015n: Sueddeutsche Zeitung, 19.09.2015

<sup>90</sup> Vgl. Jannasch 2016

<sup>91</sup> Vgl. Grossmann 2015

<sup>92</sup> Vgl. o.V. 2016a: B.Z., 01.02.2016

<sup>93</sup> Vgl. Schneider 2016

<sup>94</sup> Vgl. Grossmann 2015

## 4 Zusammenfassender Vergleich

### 4.1 Vergleich von Kategorien

#### Asylantrag/Registrierung

Bezüglich der Bearbeitung von Asylanträgen und einer Registrierung der hohen Anzahl ankommender Menschen lässt sich feststellen, dass die hierfür zuständigen Ämter sowohl Anfang der 1990er Jahre, als auch 2015/2016 überlastet waren. Dies betraf in beiden Zeiträumen insbesondere die personellen Ressourcen, Anfang der 1990er wurden hierbei auch die technischen Voraussetzungen bemängelt. Dies führte sowohl in den 1990er Jahren als auch 2015/16 unter anderem dazu, dass es zu Mehrfachidentitäten von Personen im Asylverfahren kam oder Angaben der Asylbewerber von der Polizei nicht immer überprüft werden konnten, bzw. Personen auch nicht erkenntungsdienstlich überprüft werden konnten. Aus diesem Grund wurde das Personal 2015/16 beispielsweise mit pensionierten Polizeibeamten und -beamtinnen oder Bundeswehrsoldaten und -soldatinnen aufgestockt, um die Sachbearbeitung zu beschleunigen. Ob dies in den 1990er Jahren ebenfalls geschah, ging aus den der Untersuchung vorliegenden Dokumenten nicht hervor.

#### Einrichtung Unterkunft

In beiden Zeiträumen mussten Notunterkünfte in kurzer Zeit „aus dem Boden gestampft“ werden. Es wurden unter anderem Wohncontainer, umgebaute Fabrikhallen und Fertighäuser (1990er) sowie Turnhallen, das Gelände eines ehemaligen Baumarkts oder ehemalige Bürogebäude (2015/2016) genutzt. Dabei kam es laut einem Zeitungsbericht 2015/2016 beispielsweise zu Problemen, aufgrund mangelnder hygienischer Verhältnisse oder sogar infrastruktureller Schwierigkeiten bei der Einrichtung der Trinkwasserversorgung.

#### Gewalt/Kriminalität

Eine hohe Zahl an Berichten über Gewalt und Kriminalität innerhalb und auf Asylunterkünften konnte in beiden Zeiträumen festgestellt werden. So gab es sowohl in den 1990er Jahren als auch Mitte der 2010er Jahre zahlreiche Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte. Ebenfalls kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen innerhalb der Unterkünfte zwischen Bewohnenden oder zwischen Bewohnenden und dem Sicherheitspersonal. Sowohl in den 1990ern als auch Mitte der 2010er kam es auch bei der Registrierung in den Ämtern zu teils gewalttätigen Konflikten, sodass Polizei und/oder der entsprechende private Sicherheitsdienst einschreiten mussten. Des Weiteren wurde in den Jahren 2015/2016 über Fälle sexueller Belästigung und Nötigung zwischen Schutzsuchenden berichtet. Es ist davon auszugehen, dass diese Problematik dennoch beide Zeiträume betrifft. Eine im Vergleich zu den 1990er Jahren hingegen neue Herausforderung bezüglich Gewalt und Kriminalität scheint die Radikalisierung von Personen sowie die Anwerbung durch radikale Personen in Flüchtlingsunterkünften darzustellen.

#### Personal

Hinsichtlich Personal wurde in den Berichten der 1990er Jahre vor allem ein Mangel an Sprachkundigen bzw. Dolmetschenden thematisiert. Verständigungsschwierigkeiten stellten daher an einigen Standorten ein großes Problem dar, zum Beispiel zwischen privaten Sicherheitskräften und Flüchtlingen. Ein vergleichbarer Fall lässt sich auch in den 2010er Jahren finden, wo mangelnde

Sprachkenntnisse der Polizeikräfte die Regelung und Aufklärung von Konflikten in einer Unterkunft erheblich verzögerten, da es den Beamten und Beamtinnen nicht möglich war, sich direkt mit den Bewohnenden zu verständigen. In den 2010er Jahren scheint zudem der Personalmangel bei der Registrierung von Asylsuchenden ein zentrales Problem gewesen zu sein, da hier an vielen Standorten fachfremdes Personal zur Registrierung eingesetzt wurde, z.B. von Polizei oder Bundeswehr sowie pensionierte Beamte und Beamtinnen. In den Jahren 2015/2016 lassen sich mehrere Fälle sexueller Belästigung und Nötigung durch Personal in Unterkünften finden. Es ist davon auszugehen, dass es ähnliche Straftaten bereits früher gegeben hat und eine zunehmende Thematisierung sexueller Gewalt im öffentlichen Diskurs entsprechend heute zu einer vermehrten Berichterstattung führt.

Ebenfalls wurde 2015/2016 mehrfach über Probleme insbesondere hinsichtlich der personellen Besetzung von privaten Sicherheitsdiensten berichtet. So befanden sich zum Teil Personen mit rechtsradikalem bzw. kriminellem Hintergrund unter dem in Flüchtlingsunterkünften tätigen privaten Wachpersonal. Dabei traten auch Schwierigkeiten in der Kommunikation und im Verhältnis zwischen Kommune und privaten Sicherheitsdiensten auf. Letztere zeigten sich in der Aufklärung der Fälle nicht immer kooperativ und beschäftigten zum Teil Subunternehmen, ohne diese vorher beim kommunalen Auftraggeber angegeben zu haben. Dies machte eine großangelegte Personenüberprüfung durch Kommune und Polizei (LKA) notwendig. Ferner kam es in den gleichen Einrichtungen laut Medienberichten zu Auseinandersetzungen zwischen privatem Wachpersonal und Flüchtlingen, deren Gründe nicht genannt wurden.

## Koordination/Kommunikation

In den Jahren 2015/2016 gab es mehrere interorganisationale Informationsveranstaltungen für Bürgerinnen und Bürger. Dabei standen oftmals hauptsächlich Vertretende von Polizei, Hilfsorganisationen und Kommune Rede und Antwort in Gegenden, in denen Notunterkünfte eingerichtet wurden. Für die 1990er Jahre konnten keine vergleichbaren Veranstaltungen identifiziert werden.

In den Jahren 2015/16 hat sich die Organisation und Koordination ehrenamtlicher Hilfe und Spenden am Standort Bramsche-Hesepe mithilfe von Online-Plattformen bewährt. In diesem Rahmen wurde insbesondere der Bedarf seitens Hilfsorganisationen geäußert, landkreisweite und organisationsübergreifende Online-Plattformen einzurichten, um die Bedarfe untereinander noch besser koordinieren zu können.

In beiden Zeiträumen wurden Runde Tische gegründet, an denen sich verschiedene Akteure wie Kommunen, Polizei oder Hilfsorganisationen beteiligten. In den 1990er Jahren wurden im gesamten Bundesland Baden-Württemberg Runde Tische auf Initiative des Landesinnenministeriums gegründet, um der Gewalt gegen ausländische Personen entgegenzuwirken. 2015/2016 gab es ebenfalls mehrere Runde Tische an verschiedenen Standorten, die sich mit Flüchtlingsfragen beschäftigten. Darüber hinaus gab es sowohl in den 1990ern als auch 2015/16 interorganisationale Stäbe, die zur Koordinierung der Unterkünfte (1990er) bzw. zusätzlich für deren Versorgung (2015/2016) eingesetzt wurden. Beide Stäbe wurden in den Kommunen eingesetzt und beinhalteten neben der Polizei zahlreiche andere Organisationen. Derartige Strukturen könnten als eine Form des Wissensmanagements betrachtet werden. Unklar ist dabei, in welcher Art und Weise Wissen dort generiert wurde und inwieweit dieses dokumentiert ist.

Darüber hinaus bestehen im Zeitraum 2015/2016 Informationen über informelle Abstimmungs-/Austauschtreffen. Die Berichterstattung enthält als positiv bewertete Beispiele der interorganisationalen Kommunikation und Zusammenarbeit, beispielweise in Form von regelmäßigen informellen Abstimmungs-/Austauschtreffen zwischen verschiedenen Organisationen und Akteuren, wie Kommune, Polizei, Unterkunftsleitung und Hilfsorganisationen. Über den Zeitraum der 1990er Jahre konnten keine Berichte diesbezüglich gefunden werden.

## 4.2 Vergleich von Organisationsbeziehungen

Polizei und private Sicherheitsdienste:

Den untersuchten Berichten und Artikeln der 1990er Jahre zufolge scheint es zu dieser Zeit eine gute Zusammenarbeit zwischen Polizei und privaten Sicherheitsdiensten gegeben zu haben. Dies wurde besonders daran deutlich, dass die privaten Sicherheitsdienste der Polizei bei Straftaten innerhalb der Flüchtlingsunterkünfte wertvolle Informationen über die Gegebenheiten der Einrichtungen und die Beziehungen der Bewohnenden zueinander geben konnten. Ebenso ist in den beschriebenen Standorten mehrfach die Rede von den guten Beziehungen der beiden Akteure zueinander. 2015/2016 ergab sich eine Zusammenarbeit zwischen privaten Sicherheitsdiensten und Polizei auf ähnliche Weise dadurch, dass bei gewalttätigen Konflikten in den Unterkünften die Polizei von privatem Sicherheitspersonal verständigt wurde und diese vereinzelt auch potentielle Straftäter in Gewahrsam nahm, bis die Polizei eintraf. Wie weit der gegenseitige Austausch dabei ging konnte nicht in Erfahrung gebracht werden.

In beiden Zeiträumen gab es allerdings auch Schwierigkeiten zwischen den Organisationen. In den Handlungsempfehlungen eines Berichts aus den 1990ern wird darauf hingewiesen, ein kooperatives Verhältnis zwischen Polizei und privaten Sicherheitsdiensten zu entwickeln. Dies lässt darauf schließen, dass die Zusammenarbeit zwischen den beiden Akteuren nicht immer optimal verlief. In den 2010er Jahren kam es im Kontext der Enttarnung einiger Rechtsradikaler in einer Unterkunft in Trier zu mangelnder Zusammenarbeit, da einige Sicherheitsdienste, die als Subunternehmen beschäftigt waren, der Kommune und damit letztlich auch der Polizei Unterlagen für die Ermittlungen nicht oder nur zeitverzögert zur Verfügung stellten.

Polizei und Kommune:

In den 1990er Jahren seien die kommunalen Mitarbeitenden laut einem Seminarbericht an einem Standort nur zu den üblichen Bürozeiten erreichbar gewesen, was die Arbeit der Polizei erschwerte, denn dadurch konnten wichtige Entscheidungen zum Teil nicht oder nur sehr spät getroffen werden. Der zusätzliche Hinweis, dass eine engere Kooperation und ein besserer Informationsaustausch untereinander angestrebt werden sollte, verdeutlicht die Einschätzung einer eher schlechten Kommunikation der Akteure miteinander. Gleichzeitig arbeiteten diese zum Beispiel in Form eines Koordinierungstabs in einer deutschen Großstadt zusammen, um die Unterbringungen für Geflüchtete zu koordinieren oder in einem Runden Tisch in Stuttgart. Aussagen zur Ausgestaltung dieser Zusammenarbeit gehen aus dem Datenmaterial jedoch nicht hervor. Aus den untersuchten Medienberichten aus den Jahren 2015/16 lässt sich schließen, dass zwischen Polizei und Kommunen eine insgesamt verhältnismäßig enge Zusammenarbeit stattfand. So waren beide Akteure an fast allen untersuchten Standorten gemeinsam in Runde Tische, informelle Austauschtreffen, oder/und Koordinierungstäben involviert. Zudem war eine enge Zusammenarbeit auch durch die regelmäßige

personelle Unterstützung der Polizei bei Registrierungen notwendig. Über die Qualität des Verhältnisses liegen im Einzelnen allerdings keine Informationen vor, lediglich die Vielzahl und Regelmäßigkeit der Zusammenarbeit lässt den Schluss zu, dass sich hier funktionierende Maßnahmen in der Zusammenarbeit etablierten. Auch bezüglich strafrechtlich relevanter Themen wie Radikalisierung und entsprechender Anwerbung in Unterkünften stand die Polizei hierbei beratend zur Seite, beispielsweise um Angestellte der Landesaufnahmebehörde für derartige Themen zu sensibilisieren.

#### Polizei und Hilfsorganisationen:

Das Verhältnis zwischen Polizei und Hilfsorganisationen wie Kirche, soziale Dienste und Ausländervereine wurde in einem Beitrag aus den 1990er Jahren als schwierig beschrieben, da diese der Polizeiarbeit insgesamt sehr kritisch, teilweise sogar ablehnend, gegenübergestanden hätten. In den 2010ern trafen sich Polizei und Hilfsorganisationen laut der Berichte vor allem im Kontext von interorganisationalen Gremien wie Runden Tischen oder Stäben. Wie sich die Beziehungen zueinander gestalteten ist jedoch nicht bekannt.

#### Private Sicherheitsdienste und Kommunen:

Zum Verhältnis der privaten Sicherheitsdienste zu den Kommunen liefern die ausgewerteten Quellen aus den 1990er Jahren nur wenige Informationen. So wird einzig berichtet, dass die Sicherheitsdienste zum Schutz der Unterkünfte eingesetzt wurden und somit von den Betreibenden, sprich von den Kommunen oder Bezirksregierungen beschäftigt wurden. In den 2010er Jahren ist vor allem bekannt, dass private Sicherheitsdienste ebenfalls oft als Auftragnehmer für die Kommunen tätig waren und es in Berlin und Trier zu Problemen und Konflikten kam. In Berlin beispielsweise wurden in diesem Zusammenhang Fälle von Korruption und rechtsradikalen Mitarbeitenden bekannt, in Trier gab es ebenfalls Fälle von rechtsradikalen Mitarbeitenden unter dem privaten Sicherheitspersonal sowie eine mangelnde Kommunikation mit dem ADD. Die vom ADD beschäftigten Sicherheitsdienste beschäftigten ihrerseits Subunternehmer und setzten das ADD hierüber anscheinend nicht in Kenntnis. Zudem wurde die Übermittlung von Unterlagen für eine notwendige Überprüfung der Mitarbeitenden verzögert. Im Berliner Stadtteil Karlshorst wurde einem Sicherheitsdienst gekündigt, als Gewalttaten durch einen Mitarbeiter bekannt wurden. Wie sich die Zusammenarbeit ferner gestaltete ist nicht bekannt. Auffällig ist dabei in der Gesamtschau vor allem, dass im Vergleich zum Zeitraum Anfang der 1990er Jahre immer wieder negative Schlagzeilen über private Sicherheitsunternehmen zu finden sind. Dies lässt sich vermutlich unter anderem durch eine erhebliche Zunahme der Privatisierung des Sicherheitssektors und einer entsprechenden Marktkonkurrenz erklären. Denn durch den Preiswettbewerb sinkt die Bereitschaft der Unternehmen in ausreichend qualifiziertes Personal zu investieren<sup>95</sup> So hat sich in Deutschland allein die Anzahl an privaten Sicherheitsfirmen seit 1994 mehr als verdoppelt<sup>96</sup>.

#### Private Sicherheitsdienste und Hilfsorganisationen:

Aus den 1990er Jahren und den 2010er Jahren wurden hierzu keine Informationen gefunden.

---

<sup>95</sup> Vgl. Hirschmann 2017: S. 156

<sup>96</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt 2019

Kommunen und Hilfsorganisationen:

Auch hierzu liegen nur wenige Informationen vor. Einziges Beispiel war in den 1990er Jahren die Zusammenarbeit der Kommune im Stuttgarter Stadtteil Botnang mit einem Verein zur Unterstützung bosnischer Flüchtlinge und der evangelischen Kirche. Dort wurden gemeinsam finanzielle und personelle Beiträge zum Betreiben einer Unterkunft geleistet. Über das Verhältnis der Akteure zueinander lassen sich keine Aussagen treffen. In den 2010er Jahren trafen Hilfsorganisationen und Kommunen vor allem in interorganisationalen Gremien aufeinander sowie im Kontext von Unterkünften, die von der Kommune eingerichtet und der Hilfsorganisation betrieben, oder von der Kommune betrieben und von Hilfsorganisationen unterstützt wurden. In Trier kam es u.a. zu informellen Austauschtreffen zwischen DRK, Kommune und Polizei - die Zusammenarbeit wurde insgesamt als gut bewertet. Darüber hinaus ist auch hier nicht bekannt, wie sich die konkrete Zusammenarbeit der Organisationen gestaltete.

### 4.3 Analyse von potentiellen Kooperationstypen

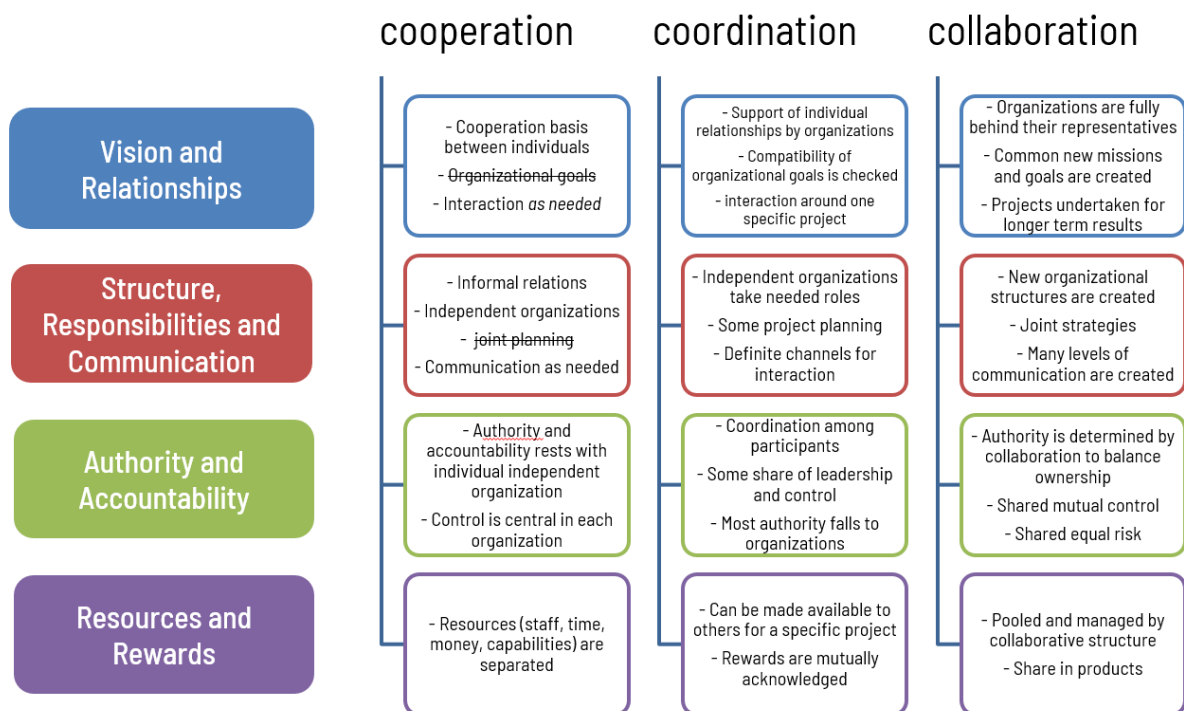


Abbildung 5 Kooperationstypen, Auswahl<sup>97</sup>

Die folgenden Kooperationstypen wurden nach der Tabelle von Heath/Isbell (2017) bestimmt:

#### Kooperation:

In den 1990ern können auf Grundlage der historischen Studie Fälle von Kooperation festgestellt werden. Als Beispiel lässt sich die temporäre, informelle Zusammenarbeit von Sicherheitsdiensten mit der Polizei nennen. So übergab der jeweilige private Sicherheitsdienst der Polizei zum Beispiel bei gewalttätigen Konflikten oftmals relevante Informationen u.a. zu den Gegebenheiten in den

<sup>97</sup> Heath/Isbell 2017, S. 21/22

Unterkünften, zu Bewohnenden sowie deren Beziehungen zueinander. Da laut des Vergleichs die Zusammenarbeit keine festen Strukturen oder einen Projektcharakter hatte, spricht einiges für eine Kooperation statt einer Koordination oder gar Kollaboration. Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Kommunen kann ebenfalls als Kooperation bezeichnet werden. Die Akteure trafen zwar gemeinsame Entscheidungen, agierten aber dennoch unabhängig voneinander, was u.a. daran erkennbar ist, dass Kommunen außerhalb der Öffnungszeiten nur schwer erreichbar waren und sich auf dieser Ebene nicht an die Anforderung der Polizei anpassten.

In den 2010ern gab es ähnliche (informelle) Kooperationen zwischen privaten Sicherheitsdiensten und Polizei, bei denen die Polizei verständigt wurde und potentielle Straftatbegehende z. T. seitens des privaten Sicherheitsdienstes in Gewahrsam genommen wurden bis die Polizei eintraf. Zwischen Polizei und Kommunen kam es ebenfalls zu Kooperation, zum Beispiel in informellen Austauschtreffen oder über Informationsrunden für Bürgerinnen und Bürger, wo dann auch z. T. andere Organisationen partizipierten. Zu informellen Austauschtreffen kam es beispielsweise auch in Trier zwischen DRK, Kommune und Polizei.

### **Koordination:**

In den 1990er Jahren gab es zumindest einen Koordinierungsstab, an dem u.a. Kommune und Polizei beteiligt waren. Über diesen wurde der Bau von Unterkünften organisiert. Aus den Kenntnissen über klassische, behördliche Stabsarbeit kann daher abgeleitet werden, dass es sich hier um eine Form der Koordination gehandelt haben könnte. Bei dem Runden Tisch in Stuttgart ist unklar, wie weit die Zusammenarbeit dort ging. Je nach formeller Ausgestaltung könnte es sich um eine Form der Koordination handeln, insbesondere die Zeit des Bestehens von mehr als zwei Jahren lässt darauf schließen. Aufgrund der schwachen Datenlage handelt es sich hierbei jedoch lediglich um eine Einschätzung. Es besteht ebenso die Möglichkeit, dass es sich bezüglich der Ausgestaltung des Stabes um eine Kooperation mit formellen Anteilen (z. B. Dokumentation, feste Termine) gehandelt hat.

In den 2010er Jahren gab es ebenfalls Runde Tische zu unterschiedlichen Themen der Flüchtlingssituation. Auch hier könnte es sich um Formen der Koordination handeln, jedoch ist ebenso wie in den 1990er Jahren zu wenig über die Ausgestaltung dieser Gremien bekannt, um genaue Aussagen über deren Formen der Zusammenarbeit treffen zu können. Möglicherweise handelte es sich auch hier um formellere Formen der Kooperation. Beim Koordinierungsstab in Berlin hingegen spricht die Auswertung der vorliegenden Daten klar dafür, dass es sich um eine Form der Koordination gehandelt zu haben scheint. Insbesondere die hohe Zahl an teilnehmenden Organisationen sowie die umfassenden Aufgaben des Stabs können als Hinweise hierfür angesehen werden.<sup>98</sup>

### **Kollaboration:**

Formen der Kollaborationen konnte nicht festgestellt werden. Fraglich ist aber, ob nicht die Auftraggeber-Auftragnehmer-Beziehungen zwischen Kommunen und privaten Sicherheitsdiensten in den Unterkünften bzw. zwischen Kommunen und Hilfsorganisationen, sofern diese als Auftragnehmer fungierten, als eine Form der Kollaboration verstanden werden kann, obgleich durch die vertraglichen Bindungen klare Hierarchien mit rechtlichen Sanktionsmechanismen wirkten.

---

<sup>98</sup> Vgl. Stadt Berlin 2016

## 5 Fazit

Anhand der zugrundeliegenden vergleichenden Medieninhaltsanalyse konnten diverse Gemeinsamkeiten und Unterschiede bezüglich der interorganisationalen Zusammenarbeit zwischen den Zeiträumen 1992/1993 und 2015/2016 identifiziert werden. Verglichen wurden dabei die unterschiedlichen Themen, über die in den für die Untersuchung herangezogenen Zeitungen berichtet wurde, sowie die darin dargestellten Beziehungen der unterschiedlichen Akteure zueinander. Schließlich wurden die möglichen Kooperationstypen der beiden Zeiträume bestimmt. Der systematische Vergleich von Themen sowie der Beziehungen von Akteuren untereinander lässt darauf schließen, dass es eine Vielzahl ähnlicher Probleme in beiden Zeiträumen gab.

Bei der Errichtung von Erstaufnahmeeinrichtungen musste sowohl in den 1990ern als auch in den 2010ern meist improvisiert werden, da in beiden Zeiträumen zunächst nicht genügend Unterkünfte zur Verfügung standen. Auch die Versorgung der Asylsuchenden führte zu Problemen, da Infrastrukturen wie zum Beispiel die Wasserversorgung, Verpflegung oder medizinische Hilfe vor Ort erst geschaffen werden mussten. Dies forderte insbesondere Kommunen und Hilfsorganisationen in hohem Maße. Ein weiteres Problem in beiden Zeiträumen betraf die Zahl des zur Verfügung stehenden sprachkundigen Personals, um zwischen Asylsuchenden und den involvierten Organisationen zu vermitteln. Diese Problematik betraf alle Akteure und führte unter anderem zu Verzögerungen bei der Registrierung und der Aufklärung bzw. Regulierung von Konflikten.

Sowohl ein Mangel an Personal bei Kommunen zur Registrierung von Asylsuchenden, als auch daraus resultierende Probleme, wie die Eintragungen mehrfacher Identitäten einzelner Personen stellten die Polizei vor besondere Herausforderungen. Entsprechend kam es aufgrund des hohen Andrangs in den Ämtern der Kommunen in manchen Orten auch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Dies machte zudem den Einsatz privater Sicherheitsdienste notwendig. Wiederkehrende Fälle von Gewalt in und gegen Unterkünfte war somit ein häufig wiederkehrendes Thema, das private Sicherheitsfirmen und Polizei zur Kooperation und Austausch aufforderte.

Private Sicherheitsdienste fungierten in beiden Zeiträumen als Auftragnehmer in den Unterkünften, meist beauftragt durch die Kommunen. Hilfsorganisationen kooperierten in beiden Zeiträumen vielfach miteinander sowie mit den Kommunen, um die Versorgung und Unterbringung der Asylsuchenden sicherzustellen. Auch interorganisationale Runde Tische und je ein Koordinierungsstab konnten in beiden Zeiträumen identifiziert werden, in denen mehrere unterschiedliche Organisationen vertreten waren.

Beim Vergleich der bisher beschriebenen Formen der Kooperation mit der Systematik von Heath/Isbell (2017) zeigen sich signifikante Ähnlichkeiten. So wurden in beiden Zeiträumen sowohl Formen der Kooperation als auch vereinzelte Formen der Koordination identifiziert. Unklar ist jedoch, inwieweit beispielsweise Runde Tische als Form der Koordination angesehen werden können, da diese unter Umständen auch als eine Art der Kooperation betrachtet werden können. Kollaborationen konnten zu keiner Zeit festgestellt werden.

Die ähnlichen Themen und Probleme in beiden Zeiträumen zeigen auf, dass die involvierten Organisationen anscheinend nicht aus der Lage Anfang der 1990er Jahre gelernt haben und die Registrierung, Unterbringung sowie Versorgung einer großen Anzahl von Personen erneut zu einer



„Krise“ führte. Die sich überschneidenden Beziehungen und interorganisationalen Gremien sprechen dafür, dass in beiden Zeiträumen eine regelmäßige Zusammenarbeit der Akteure notwendig wurde. Auffällig ist auch, dass in beiden Zeiträumen teilweise mit ähnlichen Mitteln agiert wurde, um die Situation zu bewältigen: es wurde sich in Runden Tischen sowie informell ausgetauscht, sich gegenseitig abgesprochen und improvisiert, wo es notwendig erschien. Unter Betrachtung der identifizierten Kooperationstypen wird dies noch deutlicher. Kooperationen sind meist eher informelle Interaktionen, während Formen der Koordination zwar eine gewisse Formalität besitzen, aber trotzdem nicht zwangsläufig einen strategischen, langfristigen Charakter haben müssen. Die identifizierten Typen betonen die Notwendigkeit dynamischer und improvisierter Interaktionen der Organisationen, anstatt strategischer, langfristiger Formen der Zusammenarbeit. Hier wird nochmal deutlich, dass die Organisationen in beiden Zeiträumen nicht ausreichend auf die Lagen vorbereitet waren und interorganisationale Austauschmöglichkeiten wie Runde Tische, Stäbe oder andere Formen der Zusammenarbeit relativ kurzfristig eingerichtet werden mussten.

Die Unterschiede in beiden Zeiträumen sprechen dennoch für zugleich unterschiedliche Kontexte, in denen unterschiedlich auf die Probleme reagiert werden musste:

In den Jahren 2015/16 wurden beispielsweise bereits pensioniertes kommunales und polizeiliches Personal zur Unterstützung der Registrierung reaktiviert. Zudem wurden Bundeswehrsoldaten und -soldatinnen eingesetzt, um in den Notunterkünften bei der Registrierung zu unterstützen. Ein ähnliches Bild findet sich beispielsweise beim BAMF, das tausende neue Stellen schaffen musste.<sup>99</sup> Ähnliches galt für die Grenzregion zu Österreich, wo Bundeswehr und Landespolizei die Bundespolizei in ihrer Arbeit unterstützten.<sup>100</sup> Aus den 1990er Jahren sind solche Maßnahmen nicht bekannt. Ebenfalls anders ist, dass in den 2010er Jahren eine ganze Reihe von interorganisationalen Informationsveranstaltungen für Bürgerinnen und Bürger abgehalten wurden, um diese bezüglich der Unterbringung von Flüchtlingen zu informieren. Ziel der Veranstaltungen war es, möglichen Konflikten und Spannungen präventiv zu begegnen. In den 1990er Jahren gab es zwar in Stuttgart einen Runden Tisch zum Thema Gewalt gegen Ausländer, der dazu dienen sollte Gegenmaßnahmen zur Verhinderung von Gewalt zu entwickeln, über Informationsveranstaltungen für Bürgerinnen und Bürger ist jedoch nichts bekannt.

Ferner zeigen diese Beispiele, dass Zusammenschlüsse und die interorganisationale Arbeit von Organisationen die Effizienz und die Chance bei der Erreichung gemeinsamer Ziele steigern können. So unter anderem 2015 durch die Ausarbeitung und Beantragung von Fördergeldern durch die Stadt und Hilfsorganisationen für ein Betreuungskonzept zur Integration von Flüchtlingen. Ein weiteres Beispiel ist der Runde Tisch in Bitburg im Jahr 2015, bei dem Zahlen zu Bedarfen durch Organisationen vorgelegt wurden, um unter anderem das Sicherheitskonzept in der Gemeinde zu stärken. Auch interorganisationale Infoveranstaltungen zum Abbau von Sorgen und zur Beantwortung von Fragen der Bevölkerung scheinen sich 2015/2016 bewährt zu haben.

Daraus lässt sich ableiten, dass eine strategischere und langfristige Vorbereitung auf Lagen wie den Flüchtlingssituationen der 1990er und 2010er Jahre zu mehr Effizienz bei der Versorgung von

---

<sup>99</sup> Auf dem Höhepunkt der Flüchtlingssituation Anfang der 1990er Jahre waren beim BAMF mehr als 4000 Mitarbeiter beschäftigt (Vgl. BAMF 2019). Bis 2015 sank diese Zahl auf knapp 3000, um sich dann bis September 2018 mit etwa 6800 mehr als zu verdoppeln (Vgl. o.V. 2018: Focus Online, 06.11.2018).

<sup>100</sup> Vgl. o.V. 2016e: Tagesspiegel, 05.12.2016

Menschen und der Gewährleistung von Sicherheit führen könnte. Die in den Medien vielfach berichteten Probleme und Schwierigkeiten bei der Unterbringung, Versorgung und Registrierung Asylsuchender und die damit verbundenen negativen Folgen für Schutzsuchende sowie die Organisationen selbst könnten so gemindert werden. Denn sowohl in den 1990ern, als auch den 2010er mussten die involvierten Organisationen in relativ kurzer Zeit komplexe Strukturen neu aufbauen, Unterbringungsmöglichkeiten schaffen, Kapazitäten zur Bewältigung des Organisationsaufbaus meistern und zahlreiche weitere Herausforderungen annehmen, die bei einer systematischen und sorgfältigen Vorbereitung vermutlich nicht in der gleichen Stärke aufgetreten wären. Dies lässt sich sowohl an den vielen informellen Abstimmungen, den eher losen Gremienstrukturen, denselben Schwierigkeiten bei Personalfragen, Kriminalität und anderen Themenfeldern feststellen.

Als Quintessenz aus dieser Untersuchung lassen sich somit ein paar mögliche Best Practice-Beispiele aus beiden Zeiträumen identifizieren:

- Infoveranstaltungen für Bevölkerung, um präventiv mögliche lokale Konflikte zu vermeiden
- Die Einrichtung Runder Tische unter Hinzuziehung aller relevanten Organisationen, um informell aber systematisch Informationen auszutauschen, Probleme zu besprechen, Lösungen zu suchen und nötige Maßnahmen zu organisieren
- Die Schaffung von Koordinierungsstäben für große Organisationsvorhaben wie den Bau und/oder die Organisation von Unterkünften, Versorgung der Asylsuchenden, Eindämmung von Gewalt, besonders in Ballungsgebieten wie Berlin, Hamburg, München usw.
- Zusammenschlüsse von Hilfsorganisationen zur Koordinierung von Ehrenamtlichen wie über die Webseite [www.bramsche-hilft.de](http://www.bramsche-hilft.de)

Mögliche Erfolgsfaktoren sind unter anderem:

- Frühzeitige strategische Planung aller involvierter Organisationen in Bezug auf Unterkünfte, Versorgung, Registrierung, Personalplanung, Dolmetscher, Zusammenarbeit miteinander
- Offener regelmäßiger Informationsaustausch miteinander, auch außerhalb von Krisensituationen. Negativbeispiel: Private Sicherheitsfirma in Trier und Rechtsradikale Mitarbeitende
- Regelmäßige Einübung interorganisationaler Zusammenarbeit

## 6 Literatur/Quellenangaben

- Aufenthaltsgesetz (AufenthG). Online verfügbar: <https://www.buzer.de/gesetz/4752/b12778.htm> (27.11.2018).
- Aulich, Uwe/Rogalla, Thomas (2015): Notquartier Karlshorst, in: *Berliner Zeitung*, 10. August.
- Bade, Klaus J./Oltmer, Jochen (2005): *Flucht und Asyl nach 1990*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar: <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56443/flucht-und-asyl-seit-1990> (27.11.2018).
- BAMF (2017): *Aktuelle Zahlen zu Asyl*. Ausgabe Januar 2017. Online verfügbar: [http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asyl-januar-2017.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asyl-januar-2017.pdf?__blob=publicationFile) (26.02.2019).
- BAMF (2018): *Aktuelle Zahlen zu Asyl*. Ausgabe Oktober 2018. Online verfügbar: [http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asyl-oktober-2018.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asyl-oktober-2018.pdf?__blob=publicationFile) (27.11.2018).
- BAMF (2019): *Bundesamt - Von der Dienststelle zum Bundesamt*. Online verfügbar: <http://www.bamf.de/DE/DasBAMF/Chronik/Bundesamt/bundesamt-node.html> (28.06.2019).
- Bombosch, Frederik/Schupp, Arno/Schnedelbach, Arno (2016): Verdacht auf Korruption am Lageso, in: *Berliner Zeitung*, 26. Februar.
- Daldrup, Till (2016): Das Jahr, das Deutschland veränderte. *ZEIT ONLINE*. Online verfügbar: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-03/fluechtlingskrise-deutschland-bilanz-fluechtlingspolitik-zaesur> (13.05.2019).
- Deutsche Presseagentur (dpa) (2015): Sicherheitsleute werden überprüft, in: *Trierischer Volksfreund*, Ausgabe Trierer Zeitung, 17. Dezember.
- Fisser, Dirk (2015): Salafisten werben in Bramsche-Hesepe, in: *Neue Osnabrücker Zeitung – Ausgabe Stadt*, 01. Dezember.
- Fisser, Dirk/Witte, Stefanie (2015): Leben im Ausnahmezustand, in: *Neue Osnabrücker Zeitung – Ausgabe Stadt*, 03. September.
- Gräfe, Sebastian (2016): Fremdenfeindliche Anschläge gegen Asylbewerber(-unterkünfte) in Deutschland. Die Jahre 1992/1993 und 2014/2015 im Vergleich, in: Dalberg, Dirk Mathias (Hrsg.): *Migration und Asyl. Moralischer Anspruch und praktische Bewältigung*. Rothenburg: Hochschule der Sächsischen Polizei, S. 168-169.
- Grossmann, Viktoria (2015): Problematische Personalie, in: *Süddeutsche Zeitung Regionalausgabe – Dachau*, 30. September.
- Hemmelmann, Petra/Wegner, Susanne (2016): Flüchtlingsdebatte im Spiegel von Medien und Parteien. In: *Communicatio Socialis*, 49 (1), S. 21-38.

- Hirschmann, Nathalie (2017): „Striving for Jurisdiction“ – Der Wettbewerb um Zuständigkeiten im System der Sicherheit, in: Frevel, Bernhard/Wendekamm, Michaela (Hrsg.): *Sicherheitsproduktion zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft*, Band 22. Münster: VS Springer.
- IVW (Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V.) (2019): „Überregionale Tageszeitungen in Deutschland nach verkaufter Auflage im 4. Quartal 2018“. Online verfügbar: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/73448/umfrage/auflage-der-ueberregionalen-tageszeitungen/> (18.03.2019).
- Jannasch, Sebastian (2016): Der Konfliktmanager, in: *Süddeutsche Zeitung Regionalausgabe – Dachau*, 09. Januar.
- Kremer, C. (2015): Kreis stellt Konzept für Flüchtlingshilfe vor. Plan kann Vorbild für andere sein, in: *Trierischer Volksfreund*, Ausgabe Trierer Zeitung, 06. Februar.
- Kuckartz, Udo (2014): *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung*. 2. Auflage. Weinheim: Beltz Juventa.
- Lehmann (2015): Flucht in die Krise – Ein Rückblick auf die EU-Flüchtlingskrise“ 2015, in: bpb (2015): *Aus Politik und Zeitgeschichte. Europäische Integration in der Krise* (52). Online verfügbar: <http://www.bpb.de/apuz/217302/ein-rueckblick-auf-die-eu-fluechtlingskrise-2015> (13.05.2019).
- Lücke, Matthias (2017): Flexible Solidarität statt Quote. *ZEIT ONLINE*, 28. Dezember. Online verfügbar: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2017-12/eu-asympolitik-fluechtlinge-verteilung-quote-menschenrechte> (15.05.2019).
- Murck, Manfred/Schmalzl, Hans P./Zimmermann Hans-Martin (1993): Fremdenfeindliche Gewalt und die Rolle der Polizei, in: dieselb. (Hg.): *Immer dazwischen. Einführung: Fremdenfeindliche Gewalt und die Rolle der Polizei*. Hilden: Verlag Deutsche Polizeiliteratur, S. 11-47.
- Neubert, Rainer (2016): Nothalle geschlossen – Spenden erwünscht. Die Atempause nutzen, in: *Trierischer Volksfreund*, Ausgabe Trierer Zeitung, 19. März.
- Nohlen, (2010): Vergleichende Methode, in: Nohlen, Dieter/ Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): *Lexikon der Politikwissenschaft – Band 2 N-Z. Theorien, Methoden, Begriffe*. 4. Aktualisierte und ergänzte Auflage. München: C.H. Beck, S. 1151-1161.
- O.V. (1992a): „Wie aus Gewalt gegen Ausländer Hilfe wurde Das Beispiel der Bürgerinitiative Mannheim-Schönau“, in: *Bonner Generalanzeiger*, 11. September.
- O.V. (1992b): Flüchtlingsalltag im Massenquartier Vogelsang-Depot – Wann bekommen wir eine andere Unterkunft? In: *Stuttgarter Zeitung*, 01. Februar.
- O.V. (1993a): „Asyl-Notruf – Hörfehler“, in: *Stuttgarter Zeitung*, 19. Januar.
- O.V. (1993b): „In die Fertighäuser in Botnang sind gestern die ersten Flüchtlinge eingezogen - Flüchtlingsdorf als ein Stück Normalität“, in: *Stuttgarter Zeitung*, 06. Oktober.

- O.V. (1994): „Runder Tisch stellt fest: - Weniger Angriffe gegen Fremde“, in: *Stuttgarter Zeitung*, 15. Oktober.
- O.V. (2015a): Der Regierende Bürgermeister will pensionierte Beamte um Hilfe bitten, in: *B.Z.*, 12. August.
- O.V. (2015b): „Man hört immer wieder, dass die hier etwas gestresst sind!“ In: *B.Z.*, 25. November, S. 4.
- O.V. (2015c): Hygienekontrollen auf dem Lageso-Gelände, in: *Berliner Zeitung*, 14. August.
- O.V. (2015d): Flüchtlinge gehen aufeinander los, in: *Berliner Zeitung*, 20. August.
- O.V. (2015e): Schlägerei mit der Polizei auf dem Lageso-Gelände, in: *Berliner Zeitung*, 17. November.
- O.V. (2015f): Rund 15000 Flüchtlinge noch nicht registriert, in: *Berliner Zeitung*, 20. November.
- O.V. (2015g): Lageso bekommt einen neuen Sicherheitsdienst, in: *Berliner Zeitung*, 28. November.
- O.V. (2015h): Engagierte und emotionale Aussprache, in: *Neue Osnabrücker Zeitung – Ausgabe West*, 14. Oktober.
- O.V. (2015i): Neue Webseite zur Flüchtlingshilfe gefordert, in: *Neue Osnabrücker Zeitung – Ausgabe Stadt*, 08. Oktober.
- O.V. (2015j): „In Hesepe entstehen Winterfeste Unterkünfte“, in: *Neue Osnabrücker Zeitung – Ausgabe Stadt*, 24. Oktober.
- O.V. (2015k): Weiterer Info-Abend geplant, in: *Neue Osnabrücker Zeitung – Ausgabe Stadt*, 12. November.
- O.V. (2015l): Sensibles Einsatzgebiet, in: *Süddeutsche Zeitung Regionalausgabe – Fürstfeldbruck*, 30. Januar.
- O.V. (2015m): In Nullkommanix zur Notunterkunft, in: *Süddeutsche Zeitung Regionalausgabe – Ebersberg*, 20. Mai.
- O.V. (2015n): „Ganz sicher schaffen wir das“, in: *Süddeutsche Zeitung Regionalausgabe – Dachau*, 19. September.
- O.V. (2015o): Vier Asylbewerber nach Streit mit Wachpersonal in Gewahrsam, in: *Trierischer Volksfreund*, Ausgabe Bitburger Zeitung, 31. August.
- O.V. (2015p): Wir sind gut aufgestellt, in: *Trierischer Volksfreund*, Ausgabe Wittlicher Zeitung, 22. Oktober.
- O.V. (2015q): Runder Tisch zu Flüchtlingsfragen. *Volksfreund*, 02. Dezember. Online verfügbar: [https://www.volksfreund.de/region/bitburg/runder-tisch-zu-fluechtlingsfragen\\_aid-5145438](https://www.volksfreund.de/region/bitburg/runder-tisch-zu-fluechtlingsfragen_aid-5145438) (19.06.2019).

- O.V. (2015r): Deutschland setzt Dublin-Verfahren für Syrer aus, in: *ZEIT ONLINE*, 25. August. Online verfügbar: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2015-08/fluechtlinge-dublin-eu-asyl> (15.05.2019).
- O.V. (2015s): Eigentlich soll dieser Gegenbauer-Mann Flüchtlinge schützen. Stattdessen hetzt er gegen sie, in: *B.Z.*, 24. November 2015.
- O.V. (2015t): „Wo Gebäude brennen, brennen irgendwann auch Menschen“, in: *B.Z.*, 26.08.2015, S. 5
- O.V. (2016a): Hausverbot für DRK-Mitarbeiter, in: *B.Z.*, 01. Februar, S.7.
- O.V. (2016b): Meldungen. Aus für Sicherheitsfirma, in: *B.Z.*, 17. März, S. 14.
- O.V. (2016c): Sie haben unsere Wertschätzung verdient, in: *Neue Osnabrücker Zeitung – Ausgabe Belm*, 01. März.
- O.V. (2016d): Hunderttausende Verfahren gegen Flüchtlinge eingestellt, in: *ZEIT ONLINE*, 12. Juni. Online verfügbar: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-06/fluechtlingskrisen-illegale-einreise-akten-staatsanwaltschaft-asylverfahren> (23.04.2019).
- O.V. (2016e): Drei Autobahn-Übergänge. Zwischen Deutschland und Österreich gibt es wieder Grenzkontrollen, in: *Tagesspiegel*, 05.12.2016. Online verfügbar: <https://www.tagesspiegel.de/politik/drei-autobahn-uebergaenge-zwischen-deutschland-und-oesterreich-gibt-es-wieder-grenzkontrollen/14935844.html> (28.06.2019).
- O.V. (2018): Zahl der Bamf-Mitarbeiter doppelt so hoch wie 2015 – und dennoch viel Kritik, in: *Focus Online*, 06. November. Online verfügbar: [https://www.focus.de/politik/deutschland/bundesamt-fuer-migration-zahl-der-bamf-mitarbeiter-doppelt-so-hoch-wie-2015-und-dennoch-viel-kritik\\_id\\_9795970.html](https://www.focus.de/politik/deutschland/bundesamt-fuer-migration-zahl-der-bamf-mitarbeiter-doppelt-so-hoch-wie-2015-und-dennoch-viel-kritik_id_9795970.html) (28.06.2019).
- Peşmen, Azadê (2017): *Hetze gegen „Scheinasylanten“ und „Asylmissbrauch“*. Deutschlandfunk Kultur. Online verfügbar: [https://www.deutschlandfunkkultur.de/diskurs-um-flucht-und-asyl-in-den-1990er-jahren-hetze-gegen.976.de.html?dram:article\\_id=402509](https://www.deutschlandfunkkultur.de/diskurs-um-flucht-und-asyl-in-den-1990er-jahren-hetze-gegen.976.de.html?dram:article_id=402509) (27.11.2018).
- Rössler, Werner (1991): *Ausländische Mitbürger in der täglichen Aufgabenstellung des Polizeivollzugsdienstes*, in: *Deutsches Polizeiblatt*, 91 (3), S. 7-10.
- Schmidt, Ulrike (2015): Notunterkunft für 100 Flüchtlinge, in: *Neue Osnabrücker Zeitung – Ausgabe Stadt*, 30. Oktober.
- Schneider, Jens (2016): Übergriffe in Asylheim – Rotes Kreuz in der Kritik, in: *Süddeutsche Zeitung*, Ausgabe München, 09. Februar, S.5.
- Seifert, Wolfgang (2012): *Geschichte der Zuwanderung nach Deutschland nach 1950*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138012/geschichte-der-zuwanderung-nach-deutschland-nach-1950?p=all> (27.11.2018).

Stadt Berlin (2016): Berliner Landesweiter Koordinierungsstab Flüchtlingsmanagement wird aufgelöst. Pressemitteilung vom 29.11.2016. Online verfügbar: <https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2016/pressemitteilung.536410.php> (28.05.2019).

Statistisches Bundesamt: Entwicklung der Anzahl der Wach- und Sicherheitsunternehmen in Deutschland in den Jahren von 1994 bis 2017. Online verfügbar: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/258509/umfrage/entwicklung-der-anzahl-der-wach-und-sicherheitsunternehmen-in-deutschland/> (16.07.2019).

Treichel, Thorkit (2015a): Und so soll es laufen, in: *Berliner Zeitung*, 15. Oktober.

Treichel, Thorkit (2015b): Erneut Korruptionsvorwürfe gegen Landesamt, in: *Berliner Zeitung*, 16. April.

Willems, Petra (2016): Viel Gutes und ein paar Probleme, in: *Trierischer Volksfreund*, 29. März.

Zeiler, Hermann (1994): Asyl. *Münchener Polizei*. (41), S. 61-68.

Zylka, Regine (2015): Ausgeruht an die Mammutaufgabe, in: *Berliner Zeitung*, 23. September.